

Die Frage der politischen Entwicklung in Deutschland, die Klassenfrage und die nationale Frage

Hartmut Dicke

Vorbemerkung

Im Jahre 2005 erlebte der Gegensatz der Schröder-Regierung mit der überwiegenden Mehrheit des Landes eine außerordentliche Zuspitzung. Es gelang, die Schröder-Regierung zu stürzen. Danach wurde die große Koalition der Kanzlerin Merkel etabliert, die, das sollte sich sehr schnell zeigen, fast vollständig in den Fußstapfen der Vorgängerregierung weitermacht. Auch unter ihr wird der Unmut der überwiegenden Mehrheit immer größer. Jetzt entwickelt sich eine Konfrontation zur überwiegenden Mehrheit der Parteien insgesamt.

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 2005 ist auch die Rolle Rußlands neu hervorgetreten. Es ist die Rolle einer Macht, die auf Grund der für sie vorteilhaften Veränderungen der internationalen Lage erneut größeren Druck gegenüber Europa auszuüben beginnt. Schon vorher rückte in verschiedenen Einzelabhandlungen bei uns die Einflußnahme Rußlands und der früheren Sowjetunion auf die Arbeiterbewegung wieder in den Mittelpunkt des Interesses, dies wird in dieser Übersicht nur am Rande gestreift. Dennoch liefert diese Übersicht einen wichtigen Ausgangspunkt für unser Verhalten in der nationalen Frage und für die weitere Untersuchung. Sie wurde im Januar 2005 zunächst in Form eines zusammenhängenden Diktats erstellt und wurde seitdem sprachlich etwas überarbeitet und etwas aktualisiert.

Das Land stürzt auf eine große Krise zu, die bisher noch dadurch verdeckt wird, daß bestimmte Industriezweige Weltrang haben. Andere Teile der Industrie wurden jedoch hinaus verlagert oder machen zumindest eine Reduzierung durch. Auf wesentlichen Gebieten ist dieses Land gar nicht mehr beteiligt. Die Umstrukturierung der letzten Jahrzehnte hat in einer derartigen Weise zu einer Umgruppierung der industriellen Entwicklung auf der Welt geführt, daß alle bisherigen radikalen Wandlungen in der Entwicklung überboten werden.¹

Asien, insbesondere China, aber auch Indien, Thailand, vorher schon Korea sind zu großen Industriezentren geworden. Wie es in den großen Zeitungen manchmal ausgedrückt wird: China ist die heutige "Werkstätte der Welt". Die neue Regierung hat als eine ihrer zentralen Losungen „Deutschland - Land der Ideen" ausgegeben. Aber ein Land der Ideen ohne eine produktive Grundlage und eine damit eng verbundene Forschung und Wissenschaft kann es nicht geben. Die seit 30 Jahren zu beobachtende allmähliche Auszehrung des Landes, die nicht gradlinig verläuft, sondern sich unter Windungen und Wendungen allmählich Bahn bricht, nahm unter den Bedingungen der Schröder-Regierung forcierten Charakter an, und unter der Großen Koalition hat es noch keine Änderung gegeben.

Dieses Land macht Brüche durch, die so weit gehen, daß man fragen muß, ob es in einigen Jahrzehnten noch in dieser Form existieren wird. Die Entwicklung der Bevölkerung ist so disproportioniert wie nur bei ganz wenigen anderen Ländern, vor allen Dingen auf Grund eines langjährigen Bevölkerungsschwundes. Diese sogenannte "demographische Frage" ist selbst Widerspiegelung der ökonomischen und politischen Verhältnisse, die sich seit 1945 entwickelt haben. Es gibt zahlreiche sich als links bezeichnende Organisationen, die diese Frage allein schon nicht aufgreifen wollen, oder ihre Aufstellung schon als Beweis für „Rechts" nehmen wollen, ungeachtet dessen, daß der Marxismus auch zu ganz ähnlichen Vorgängen in der Vergangenheit längst Stellungen entwickelte, daß er die Propaganda für Verleugnung der Notwendigkeit des Nachwuchses als ein typisches kleinbürgerliches Phänomen bezeichnete². Dies ist absolut keine zufällige statistische Frage, die sich aus irgendwelchen angeborenen Eigenschaften ergeben hat, sondern sie ist engstens mit den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen dieser Epoche verbunden.

Was ist das Wesen dieser Diktatur, die nach 1945 errichtet wurde? Was ist das Wesen des Nazifaschismus, dessen berüchtigte 12 Jahre dem vorweg gingen?

I.

In Deutschland hatte sich bis 1895 eine Arbeiterbewegung entwickelt, die das gesamte kapitalistische System in Frage stellte. Sie stand mit den Arbeiterbewegungen in den anderen europäischen Ländern, in Amerika und schließlich auch Japan und China in einem engen Zusammenhang. Aber sie hatte unter den Ländern der höchstentwickelten Stufe die größte politische Reife, die größte Systematik zur Überwindung des kapitalistischen Systems erreicht. In ihren Quellen hatte diese Partei deutliche Fehler und Schwächen, was man allein schon an dem verbliebenen starken Einfluß des Lassalleanismus sehen konnte. In der Sozialdemokratie fanden heftige Richtungskämpfe statt, die aber zu keiner klaren Entscheidung führten.³

Als der Erste Weltkrieg 1914 ausbrach, brach die Sozialdemokratie zwar an der ungelösten Aufgabe des illegalen Kampfes gegen das imperialistische Regime zusammen, aber es entwickelte sich sehr schnell wieder eine neue Arbeiterbewegung und es sollte sich in Deutschland zeigen, daß der Marxismus ein "Stehaufmännchen" ist, eben auf Grund der historischen Voraussetzungen, wie auch des hohen Grades der Industrialisierung, die dieses Land hier ausmachten. Ende 1918 wurde die KPD gegründet, die den Impetus des revolutionären Marxismus wieder aufnahm. Sie mußte von Anfang nicht nur gegen einen der entwickeltsten Staatsapparate kämpfen und hatte es von daher viel schwerer als die Kommunistische Partei Rußlands, sondern sie stand in der Weimarer Republik zunehmend vor der Aufgabe, nicht nur den eigenen Staat und die eigene Bourgeoisie und Reaktion zu bekämpfen, sondern auch die Mächte, die diesen Staat selbst kontrollierten, nämlich die anderen westlichen kapitalistischen Großmächte. Zu Anfang waren das Frankreich und Großbritannien, dann aber vor allem und zunehmend auch an erster Stelle die USA, die hinter dem Versailler Vertrag ope-

rierten, und die erstgenannten europäischen „Siegermächte“ von sich abhängig gemacht hatten. Der Aufbau des Nazifaschismus, seine systematische Propagierung und Ausbreitung und schließlich seine Durchsetzung 1933 kann nicht unabhängig von dieser Konstellation betrachtet werden.⁴ Mit dem Jahre 1918 stellte sich zwingend auch die nationale Frage der Deutschen, da sie nicht mehr nur mit der eigenen Bourgeoisie, die den Krieg verloren hatte, kämpfte, sondern auch mit der internationalen Diktatur des Kapitals, das dieses Land und mit ihm die Arbeiterbewegung unter allen Bedingungen unter die Botmäßigkeit dieses Kapitals zu bringen suchte. Sie greift ab 1918 massiv in das innere Gefüge des Landes ein. Neben der unmittelbaren Unterdrückung des Kampfes des Proletariats gibt es auch den Weg, in diesen einzudringen und ihn zu verfälschen. Wenn schon der Klassenkampf unvermeidlich ist, dann ein solcher, der ihnen in die Hände spielte, wenn Massenbewegung, dann eine solche, die die Massen an der Nase herumführte und ihnen in die Hände arbeitete, so etwa kann man die Devise zusammenfassen.

Die Diktatur, die nach 1945 errichtet wurde, und der auf ihr basierende Staat, die Bundesrepublik Deutschland, setzten sich zum Ziel, daß eine neue marxistische Partei, eine neue revolutionäre Bewegung unter keinen Bedingungen in Deutschland Fuß fassen dürfe und daß diese Entwicklung mit allen politischen und ökonomischen Methoden zu blockieren sei. Dies wurde vom politischen System der Bundesrepublik Deutschland getragen, aber auch von den Mächten, die dieses politische System geschaffen hatten, vor allem von den USA.

Die Betrachtungen über die westlichen Siegermächte werfen aber auch unweigerlich die Frage nach der Rolle der Sowjetunion auf. Dieser revolutionäre Staat, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bahnbrechende Leistungen hervorbrachte und der gesamten revolutionären Bewegung auf der Welt wichtige Impulse gab, trug in der Situation von 1943 bis 1945 die grundlegende Behandlung der deutschen Frage, wie sie in dem Potsdamer Abkommen ihren Ausdruck fand, in einer entscheidenden Weise mit. Die darin enthaltenen wirtschaftlichen Leitsätze, Deutschland in seinem Industrialisierungsgrad deutlich zurückzuschrauben und auf das Niveau eines agrarisch ausgerichteten Landes zurückzuziehen, stellen selbst einen extrem reaktionären Angriff dar, der sich selbst in der Nähe des Nazifaschismus bewegt. Er war zudem gemessen an der Nachkriegszeit unreal, und löste sich infolge der Gegensätze jedenfalls zunächst in Luft auf. Dennoch lassen sich immer wieder Bestrebungen und aktive Bemühungen in dieser Richtung erkennen. Es ist nicht erkennbar, daß die Sowjetunion hier irgendwie auf die Wiederbelebung einer selbständigen, auf die proletarische Revolution zielenden Partei hinarbeitete. Diese Vorgänge müssen auch in ihrer Vorgeschichte und in ihrer Kompliziertheit analysiert werden. Diese Thematik steht weiteren Artikeln zu.⁵

Die heutige nationale Situation Deutschlands, die so weit geht, daß man sagen kann, daß die Existenz dieses Landes auf dem Spiele steht, hängt engstens mit dieser Klassenfrage, mit der historischen Entwicklung zusammen. Wir können das nicht voneinander loslösen.

Es gibt auch weiter gehende historische Faktoren, die dabei eine Rolle spielen. Z.B. ist es kein Zufall, daß sich der Marxismus als Lehre in Deutschland entwickelte, in jener Zeit des Vormärz, als Deutschland neues nationales Selbstbewußtsein auf dem Hintergrund seiner langen Geschichte gewann, als der Zusammenhang der historischen Entwicklungen in Europa von der Wissenschaft in Deutschland erarbeitet wurde. Auf dem Boden der Zusammenfassung der bis dahin bekannten internationalen Erkenntnisse über Natur und Gesellschaft erwachsen die Lehren von Marx und Engels, die erstmalig eine Übersicht über die Klassenentwicklungen und die historischen Notwendigkeiten erreichten.

Das 20. Jahrhundert war eine Epoche der ersten Verwirklichung der in den vorherigen Jahrzehnten vorgezeichneten Entwicklung. Das internationale Kapital blieb von der Revolution nicht verschont. Nach der Revolution in Rußland und dem wechselvollen Aufbegehren in Deutschland (1917-1933) entwickelte sich in China, ebenfalls ein Land von großer histori-

scher und theoretischer Potenz, in dem die lange Geschichte verarbeitet wurde, eine weitere bedeutende Revolution. Unter der Führung von Mao Zedong gelang es, in diesem Land mit archaischer Herkunft eine Revolution zu vollziehen, die es grundlegend veränderte. Ganz Asien wurde durch diese Revolution umgestaltet.

Selbst die kapitalistische Entwicklung, die nach dem Tode Mao Zedongs 1976 und dem politischen Umsturz vollzogen wurde, geht mit auf diese Umwälzung zurück.⁶ Die heutige kapitalistische Entwicklung, die vor allem mit dem Namen Deng Xiaoping und seiner Politik verbunden wird, ist unmöglich ohne die vorhergehende Revolution in China unter Mao Zedong zu verstehen. Ebenso wenig, wie man sich das Wirken Napoleons I. vorstellen kann ohne die vorherige Französische Revolution, kann man sich Deng Xiaoping ohne die vorhergehende volksdemokratische und sozialistische Revolution vorstellen. In die chinesische Revolution ist aber die deutsche Revolution mit dem Marxismus, ebenso wie die russische Revolution eingeflossen.

Während also unsere Kultur und Geschichte weiterwirkt, sehen wir hier in unserem Land einer substantiellen Krise entgegen, ja kann man selbst einen Kollaps des Landes auf Grund einer Reihe von inneren Faktoren nicht mehr ausschließen. Deshalb ist es absolut dringlich, sich auf die Aufgaben zu konzentrieren, die sich aus dieser historischen Situation im Grunde schon seit den letzten Jahrzehnten ergeben haben.

II.

Die Unterdrückung der Arbeiterbewegung war das erklärte Ziel des Hitlerfaschismus. Die Hitleristen erklärten direkt, die 70 Jahre Arbeiterbewegung müßten ausgeremert werden. Noch mehr müsse der Boden, auf dem diese Arbeiterbewegung entstand, die demokratische Revolution, die sich seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts vollzog, ausgeremert werden. Aber das reichte ihnen noch nicht. Sie wollten zurück zur Stammesgesellschaft, sie neigten die Zivilisation, die in Europa entstanden ist, vollkommen. Der Nazifaschismus ist der Angriff auf die gesamte Grundlage der Zivilisation in Deutschland und Europa. Dementsprechend hat er auch letztendlich die Stärkung der USA und ihren Zugriff auf den gesamten Kontinent ermöglicht. Die Unterdrückung, die in Deutschland seit 1933 in vollem Umfange lief, war nicht nur im Auftrage der eiskalten Reaktionäre in Deutschland selbst, der Kohle- und Stahlbarone wie des großen Großgrundbesitzes und der reaktionären Bürokratie, sondern sie war auch in enger Verbindung mit den Hauptmächten des Kapitalismus, vor allen Dingen mit den USA. Aus dieser Situation erwuchs ein Krieg, der Europa zum Hauptschlachtfeld hatte, und der notwendigerweise sowohl auf Grund des Charakters des Krieges des Nazifaschismus als auch auf Grund der militärischen und industriellen Potentiale mit dem Sieg der Alliierten, der USA, Großbritanniens und der UdSSR, endete.

Nachdem es vorher verschiedene Schwächen gab, machte die UdSSR seit den sechziger Jahren eine Entwicklung völligen Verfalls durch, der mit ihrer Zerstörung und der kapitalistischen Eroberung von innen her endete. Daraus resultierte, daß Europa 1989/1990 unter der Vorherrschaft der USA neu geordnet wurde. Deutschland bekam innerhalb dieser Konstellation, die weltweit durch die Pax Americana beherrscht wurde, die Aufgabe zugeteilt, innerhalb eines bestimmten Bereiches von Europa sozusagen als Untermacht zu agieren. Aber jene Diktatur, die faktisch von den USA errichtet wurde, die faktisch das westdeutsche System beherrschte, verschwand keineswegs, sie entwickelte sich unter diesen Bedingungen weiter. Die politischen Parteien, das Pressewesen, die juristischen Strukturen werden weitgehend von jenen Kreisen, die ursprünglich dieses Land besetzt haben oder aber von Erzreaktionären, die mit den altertümlichen Neonazis in einer Nähe gesehen werden müssen, beherrscht. Man muß deshalb das Wesen und die Substanz dieses Staates Bundesrepublik Deutschland, der sich 1989/1990 auch die DDR einverleibte, möglichst weitgehend analysie-

ren. Dies ist der Hauptpunkt. Die Analyse der DDR ist ein weiterer Punkt, aber spielt nicht die Hauptrolle, wenn man den heutigen Staat Bundesrepublik Deutschland und die Quellen der Krise analysieren will.

III.

Wie kommt es, daß Deutschland eine solche Entwicklung genommen hat?

Die Geschichte der Bundesrepublik läßt sich im wesentlichen in zwei Teile teilen: In die Entwicklung von 1949 bis 1969 und in die Entwicklung von 1969 bis 1989 und drüber hinaus bis heute. Letztere beide sind im Grunde genommen zwei Unterabschnitte ein und derselben Entwicklung. Als Übergangsphase zwischen den beiden Epochen kann man die Zeit etwa von 1966 bis 1972, evtl. auch bis 1974, ansetzen.

In der ersten Epoche zeigte dieses Land einen dynamischen Aufschwung in der Ökonomie, in den Wissenschaften, der auch in der gesamten Kultur von einem gesellschaftlichen Optimismus begleitet war. Die westdeutsche Bundesrepublik bemüht sich, sozial zu erscheinen, sie muß es, weil sie erstens die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung im Nacken hat, weil zweitens in Form der DDR ein sozialistisches Gegenüber existiert und drittens durch die chinesische Revolution und die nachfolgende koloniale Befreiung ein gewaltiger Befreiungsschub auf der gesamten Erde entsteht, der den Durst nach Fortschritt, nach Entwicklung in alle Kontinente trägt.

Auf dieser Entwicklung, die in der ökonomischen Entwicklung der sechziger Jahre kulminiert, entsteht auch die spätere revolutionäre Bewegung in Deutschland, das Wiederaufkommen des Marxismus auf dieser modernen Grundlage, entstehen auch die Wirren und sehr komplizierten Auseinandersetzungen, die sich dann in den Jahren 1967 bis 1972 vollzogen und die in die Geschichte der Bundesrepublik als sogenannte Studentenbewegung oder auch APO-Bewegung oder auch 68er Bewegung - alles das sind im Grunde völlig unzureichende Bezeichnungen - eingegangen sind.

In der Epoche 1949 -1966 nimmt mit zunehmender Konsolidierung wie selbstverständlich auch die Geburtenrate innerhalb des Landes zu, ohne irgendwie in übertrieben hohe Ausschläge zu kommen, aber die Reproduktion des Landes ist gesichert, man bejaht den Nachwuchs, man steht auf der progressiven Entwicklung mitsamt den sich in ihr vorbereitenden tiefen Widersprüchen.

Diese Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft, war also letztlich das Ergebnis von dreierlei Klassenkampf: nämlich der vergangene Klassenkampf, der damalige gegenwärtige fortgesetzte Klassenkampf, der auch in der DDR, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, verkörpert war, und der internationale Befreiungs- und Klassenkampf der unterdrückten Völker und Nationen der Erde unter der Führung der Volksrepublik China.

Ende der sechziger Jahre reifte in der Jugend die Reflexion des vergangenen Geschehens heran. Auch aus Gründen der sich entwickelnden Widersprüche zwischen diesem neuen erstarkenden Westdeutschland und den USA kam es zu heftigen politischen Debatten, zur Initiierung einer Studentenbewegung, die bezeichnenderweise zunächst von West-Berlin ausging und die die herrschenden politischen Ordnungen in Frage stellte. Dazu kommen soziale Unruhen um solche Fragen wie Notstandsgesetze, Fahrpreiserhöhungen, und als eine erste Überproduktionskrise im Jahre 1967 eintritt, kommt auch noch zum ersten Mal das Bewußtsein der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus hinzu. Das Jahr 1968 wird ein Scheidejahr, weil hier erstmalig große Massen der Jugend den politischen Kampf auf die Tagesordnung setzten, den man in der alten Bundesrepublik zunächst völlig unter den Teppich gekehrt hatte - alles schien vorher "wohlgeordnet". Und sehr schnell griffen diese neuen

Kräfte den Marxismus auf, der schon für tot gehalten worden war, und zwar genau an jenen Komponenten, darunter der alten Arbeiterbewegung in Deutschland einschließlich des Kampfes der KPD vor 1933, deren historisches Bewußtsein alsbald wieder in die Köpfe dieser neuen Bewegung hineinkam, sowie auch Impulsen, die aus der DDR kamen, wie auch Impulsen, die von China aus in Form von Lehren Mao Zedongs kamen.

Das Bewußtsein über die Ausbeutung der Dritten Welt machte klar, daß die Gesetze des Marxismus, auch das der Verelendung und der immer größeren Ausweitung der Lohnarbeit, sehr wohl stimmten und die Gebrechen des Kapitalismus nicht etwa durch Reformen überwunden werden können. Innerhalb einer sehr kurzen Frist kam es daher zu einer Wiederbelebung eines unversöhnlichen, radikalen Marxismus, der sich aus allen bisherigen bedeutenden Lehren der Arbeiterbewegung speiste. Auch andere Strömungen wie Anarchismus und zuvor Antiautoritarismus erlebten zunächst eine Renaissance, jedoch gipfelte alles in der Wiederaufnahme des Marxismus. Von den Initiatoren der Bundesrepublik her war von Anfang an klar, daß diese Bewegung, die sich in Windeseile in den Köpfen verbreitete, unter gar keinen Umständen Bestand haben durfte. Integration und Korruption der Jugend, Isolierung des radikalen Elementes und nach Möglichkeit Erstickung der ökonomischen und kulturellen Wurzeln, die diese Bewegung hervorbrachten, waren für sie um so dringlicher.

IV.

Seit dem Jahre 1970 beobachten wir in der Bundesrepublik eine Diskussion, unter verschiedenen Vorwänden die Hinausverlagerung der Produktion voranzutreiben. Bis dahin war die Bundesrepublik Deutschland zwar selbst ein Teilnehmer der Nato und des Imperialismus, aber zugleich auch ein hochindustrialisiertes Land mit einer umfassenden Lohnarbeit in verschiedensten Strukturen. Ausländische Arbeiter verrichteten einen Großteil der einfachen Lohnarbeit zu dieser Zeit. Ihr Anteil sollte noch bis 1973 auf mehrere Millionen, offiziell 2,6 Millionen, steigen. Indem immer weitere Abteilungen von ausländischen Arbeitern übernommen wurden, glaubte man zunächst einmal die Quellen der Bewegung bremsen zu können.

Um der Widersprüche Herr zu werden, setzte die Brandt-Regierung⁷ nicht nur die Politik des Bündnisses mit den USA fort, sondern ging auch zu einer Bündnispolitik mit der Sowjetunion, die durch die Kritik an ihrem Revisionismus zutiefst beunruhigt war, über. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß die Marxisten-Leninisten in jenen Tagen insbesondere der auf Abwürgung revolutionärer Bewegungen gerichteten sogenannten "Entspannungspolitik" zwischen Brandt und Breshnew ein absolutes Augenmerk widmeten.⁸ Damals wurde noch nicht so sehr viel von Ostasien als potentiellem Markt, als Raum für Industrieverlagerungen gesprochen, sondern dafür blickte man vor allen Dingen auf Osteuropa. Die sogenannte "Friedensachse", die zwischen der Sozialdemokratie und dem Revisionismus betrieben wurde, sollte eine intensive Joint-Venture-Produktion auch in Osteuropa nach sich ziehen.⁹ Dies sollte sich nicht in dem erwarteten Ausmaß erfüllen. Ganz andere Pläne kamen alsbald in den Vordergrund.

1973 rückte es immer stärker ins Bewußtsein, daß die ausländischen Arbeiter selbst zu einer zunehmend revolutionären Kraft im Lande werden könnten. Es kam 1973 zu den ersten bedeutenden Streiks, die auch gleich politisch ausgenutzt wurden. Schon vorher war gegen Ende 1972 eine deutliche Diskussion über die politischen Auswirkungen der Massierung der neuen Einwanderung entstanden¹⁰. Man erkannte in den Emigranten einen wichtigen Teil der Arbeiterklasse, der bald zu einer eigenständigen Macht werden müsse und der daniederliegenden Arbeiterbewegung neuen Schub verleihen könnte. Auch revolutionäre Organisationen begannen sich zunehmend um ausländische Arbeiter zu kümmern.¹¹ Es entstanden

immerhin in den Jahren 1972 bis etwa 1976 zahlreiche Betriebsgruppen, in denen deutsche und ausländische Arbeiter verschiedener Nationalitäten vereinigt waren.¹² Die Sozialdemokratie bemühte sich ihrerseits um diesen neuen Teil, in dem sie zunächst nicht den gleichen Einfluß wie in der herkömmlichen deutschen Arbeiterklasse hatte.

Während man 1972 verschärft deutsche revolutionäre Organisationen ins Visier nahm und ihre Unterdrückung vorbereitete, blickten die bürgerlichen Soziologen auf diese neue „Ausländerfrage“ Und man begann auch die Angst zu schüren. Der Spiegel veröffentlichte eine sog. Wählerumfrage, mit der er zu verbreiten suchte, daß 71% der Bürger in der Bundesrepublik für eine Verminderung der Gastarbeiter einträten.¹³

Die Streiks von August und September 1973, die vorwiegend von ausländischen Belegschaften getragen wurden, sind eines der wichtigsten Ereignisse in der Arbeiterbewegung, weil diese Aufstände in den Betrieben ein heftiges und spontanes Element aufwiesen.

Aber es gab auch bürgerliche Kräfte, die auf diese Streiks kalkulierten. Man alarmierte mit diesen Streiks gewissermaßen die bürgerliche Gesellschaft, daß dieses Potential abzuwürgen sei. Noch im Herbst des gleichen Jahres kam es offenbar gut vorbereitet zum sogenannten "Gastarbeiterstopp".

Aber ein anderes Geschehen sollte sich als noch wichtiger und fundamentaler für die nationale Entwicklung erweisen. Alles wurde in jener Zeit getan, um die originären Kräfte des Marxismus irgendwie in den Griff zu bekommen. Es waren Organisationen geschaffen worden, die praktisch in Absprache mit dem Staat entstanden, von denen die schon 1969 gegründete DKP das deutlichste Beispiel ist. Aber auch in anderen Gruppierungen, wie etwa dem KBW, der KPD/ML (Roter Morgen) und auch der KPD/AO oder gar dem KB¹⁴ sind unverkennbare und an der späteren Entwicklung auch deutlich nachweisbare Interventionen von staatlicher Seite zu erkennen. Die Unterwanderung der Bewegung in allen Gruppen und in allen Organisationen stand auf der Tagesordnung. Durch zusätzliche Gesetze wie das sogenannte "Berufsverbotsgesetz" wurden auch, je nach der Lage der Praxis, Bedingungen geschaffen, daß man Menschen, die beispielsweise in öffentlichen Positionen saßen, verbieten konnte, auch nur Regungen in eine bestimmte Richtung zu zeigen. Niemand soll behaupten, in der Bundesrepublik hätte es keine offene Diktatur gegeben. Es gab sie. An allen diesen Dingen wird das sehr, sehr deutlich. Über 20 Jahre lang wurde das öffentliche Leben von der sogenannten "Terroristenpanik" beherrscht, indem der Staat selbst Hand anlegte, mit sogenannten "bewaffneten Gruppen" das Schreckgespenst einer anarchistischen Revolution zu erzeugen, manchmal auch direkt dazu benutzt, Drohungen gegen einzelne Organisationen auszusprechen. Bis heute, wie auch schon in den Jahrzehnten zuvor, ist dieser „Bürgerschreck“ ein beliebtes Objekt des unter der Kontrolle des Staates stehenden Kultur- und Medienwesens in diesem Land.

V.

Ein zentrales internationales Ereignis des Jahres 1973 ist der Krieg im Mittleren Osten mit seinen Folgen. Hier wurde eine neue Weichenstellung mit einer bis heute nachwirkenden Tragweite begonnen. Mit diesem Krieg schlossen sich zum ersten Mal - und das sah am Anfang wie ein revolutionärer Akt aus - Staaten zusammen, die über große Bodenschätze verfügen, und führten einen Ölboycott gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und gegen die Niederlande, die Hauptunterstützer des israelischen Zionismus, aus. Der Ölpreis kletterte nach oben, was auf der einen Seite einer Reihe von Staaten große Vorteile brachte, auf der anderen Seite bewirkte gerade diese Erhöhung der Rohstoffpreise in Verbindung mit verstärktem Bankendruck eine systematische Verschuldung einer Reihe von anderen Staaten. Vom Jahre 1974 an erkennen wir, wie weltweit die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben

wird. Dies galt auch für die Bundesrepublik. Mit dem Beginn der Kanzlerschaft Helmut Schmidts (Mai 1974) beginnt ein Kurs der hohen Staatsverschuldung, der Forcierung der sogenannten Umstrukturierung, hinter der sich in letzter Konsequenz die Verlagerung großer Teile der Produktion verbirgt. Zunächst bedeutet dies noch nicht die Deindustrialisierung im großen Stil. Maßgebliche Kreise in deutschen Unternehmen wollen die hochentwickelte Produktion im Lande behalten, ein starker Energiesektor und die moderne Chemieindustrie sowie der Maschinenbausektor bilden die Grundlage dazu. Dagegen richtet sich im weiteren die Anti-AKW-Bewegung.

International gesehen ermöglichen im weiteren die Schulden eine darauf basierende Unterdrückung fast aller Staaten der Dritten Welt und auch zunehmend von entwickelten kapitalistischen Staaten, die auf die Rohstoffe angewiesen sind. Sie bieten jetzt eine Handhabe für eine Radikalisierung des Kapitalismus im Sinne eines Raubzuges gegen die Staatshaushalte und des Eingriffs in die innere Entwicklung aus den großen kapitalistischen Metropolen heraus. Die Unterdrückung mittels Schulden und die Verknappung der Rohstoffe bilden ein Mittel gegen die vorher beherrschenden Faktoren. Das waren gerade die sich vermehrt zusammenschließende Dritte Welt, die Herausforderung durch den Sozialismus und die Forderungen der Arbeiterklasse nach einem akzeptierbaren Lebensstandard, die den Kapitalismus zwingen, sich bis dato zu modernisieren.

Es wird übrigens daran auch klar, warum die Anti-AKW-Bewegung in diesem Sinne absolut zwingend war. Hätte nämlich die Ölkrise zu einer Verstärkung der Kernenergie geführt, und das wäre in vielen Staaten die logische Reaktion gewesen, insbesondere in Deutschland, hätte man das Gegenteil von dem erreicht, was man wollte. Die Modernisierung wäre weitergegangen, die Arbeiterklasse und die ehemals kolonialen Länder hätten erst recht Forderungen gestellt. Von daher war eine Anstrengung des gesamten bürgerlichen reaktionären Überbaus mit Unterstützung des gesamten modernen Revisionismus auf diesem Sektor notwendig.

Auf dem ökonomischen Sektor begann eine Gegenwelle gegen die sich zusammenschließende Dritte Welt, gegen die Arbeiterklasse und das soziale Zündpotential in den alten kapitalistischen Ländern wie gegen die weltweit entfachte antikoloniale Revolution. In den unmittelbar folgenden Jahren bis ca. 1977 hatte die revolutionäre Bewegung noch Erfolge, sie flachte aber unweigerlich weiter ab und kam zum Stillstand. Von Anfang an mußte auch die Frage gestellt werden, ob diese politische weltweite Gegenwelle, die 1974 einsetzte, nicht bereits auf den Umsturz in China spekulierte, der die Arbeitskräfte dieses Landes, nachdem die kommunistische Revolution einige grundlegende soziale Veränderungen erreicht hat, dem Weltkapital zur Verfügung stellte. 1974 ist zugleich das Jahr, in dem die Deng Xiaoping-Leute spürbar in die Positionen zurückkommen und ein negativer Trend zunehmend von den äußeren Organen der VR China ausgeht. Eine Opposition, die sich allerdings vorerst noch verdeckt halten muß, wurde erkennbar. 1975 kommt die vietnamesische und die gesamte indochinesische Revolution zum Sieg und wirft die amerikanischen Imperialisten aus dem Land. Viele Menschen sehen in dem Rückzug der USA aus Indochina nach einem jahrzehntelangen massenmörderischen Krieg den Auftakt für eine weitere Welle der antikolonialen Revolution. Aber in China, einem Land von damals fast einer Milliarde Menschen, wird der Umsturz geplant. Und das hat mehr Gewicht als die Erfolge der Revolution an anderen Punkten.

VI.

In Deutschland hatte mit dem Beginn der siebziger Jahre eine Diskussion begonnen, daß das Land nach einer Exportmacht auch eine Macht der internationalen Investitionen werden müsse. Erste Forderungen nach Verlagerung werden laut, und zwar manchmal auch mit dem Hintergrund der angeblichen Verminderung der Umweltverschmutzung. Es hieß immer deutlicher, daß man die Produktion in andere Weltteile verlagern müsse, vor allem in die sogenannte Dritte Welt. Im Frühjahr 1974 begann in aller Offenheit die Diskussion über diesen Punkt. Es war von Anfang an klar, daß hier in den alten kapitalistischen Ländern, insbesondere in Deutschland, die Überflüssigkeit des größeren Teils der Arbeiterklasse ins Kalkül gezogen wurde, mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben sollten. Man wußte, daß dies für Millionen von Menschen die Freisetzung bedeutet. Die Pläne für eine solche Umverlagerung, die eigentlich das Radikalste im Gefüge des Klassenkampfes darstellt, gab es schon lange. Schon Lenin verweist in seinem berühmten Imperialismus-Buch auf ein Buch eines gewissen Sozialliberalen Hobson von 1898¹⁵, der Pläne dargelegt hatte, daß man die Produktion aus Europa weg nach China und nach anderen asiatischen Staaten verlagern solle. Schon damals war der Druck der Arbeiterbewegung der Auslöser für derartige Überlegungen seitens der Bourgeoisie. Durch die Widersprüche innerhalb des Kapitalismus, durch die deutsche Rolle insbesondere, war dies nicht möglich, war es blockiert.

Schließlich war China selbst das Territorium eines heftigen Bürgerkrieges und eines Rivalitätskampfes aller Imperialisten von 1900 an, der dann nach dem Ersten Weltkrieg vor allem in den großen Rivalitätskampf zwischen Japan und den USA einmündete. Dies setzte ebenfalls der Verwirklichung derartiger Pläne deutliche Schranken.

Wie kam man im Jahre 1974 auf eine solche Idee? Wir wissen aus den Diskussionen um den Umsturz von 1976 bis 1979, daß 1974 das Jahr ist, wo die politischen Kräfte, die in China auf den kapitalistischen Weg setzten, zur Machturpation in China selbst anhoben und sie vorbereiteten. Die chinesische Revolution hatte die kapitalistische Entwicklung Chinas blockiert. Die chinesische Revolution hatte sich aber auf breitem Fundament entwickelt. Man setzte darauf, daß Kräfte an die Macht kommen könnten, die die Linie Mao Zedongs überwinden und in letzter Konsequenz eine kapitalistische Entwicklung in Gang setzen, bei der Billigarbeitskräfte in riesiger Zahl dem Kapital zur Verfügung stehen würden. Die Überlegungen dazu durchziehen schon lange die früheren Jahrzehnte. Mit der Schwächung der revolutionären Linie Mao Zedongs, auch durch seinen Tod, sah man die Chance gekommen. Ultralinke Strömungen taten ein Ihriges, um diese Strömung in Richtung Umsturz zu begünstigen. Von 1977 an wird deutlich, daß China einen solchen kapitalistischen Weg gehen wird. Daß dies auch vom Ausland her erkennbar war, zeigt sich auch daran, daß unsere Organisation bereits im Jahre 1977 begann, diese Entwicklung anzugreifen.¹⁶

Die Hinausverlagerung der sogenannten "klassischen" Industrien aus der Bundesrepublik Deutschland wie aus anderen europäischen Staaten wird in einer Diskussion in der Presse im Jahre 1974 in aller Öffentlichkeit erörtert. Es ist interessanterweise die große Majorität der linken Organisationen, die diese Diskussion ignoriert und so tut, als wenn es sie nicht gäbe. In Übereinstimmung damit beginnt Ende 1974 eine vom Pressewesen, den USA, den Kirchen und von kleinbürgerlichen Kräften angefeuerte Kampagne gegen die Kernenergie, die ein Stützposten für die verbleibende moderne Industrie sein sollte. "Der Bauplatz muß wieder Weide werden", hieß es, und die völlige Liquidierung der gesamten Kernenergie war das Ziel.¹⁷ Die Durchsetzung dieser verbrecherischen Zielsetzung im vollen Ausmaß konnte verhindert werden. Aber es gelang ihnen, die Weiterentwicklung der Kernenergie in diesem Lande zu verhindern, wozu allerdings noch einige wichtige Ereignisse, vor allem aus den achtziger Jahren, notwendig wurden. Damit wurden wichtige industrielle Stützposten, die sich in den sechziger Jahren entwickelt hatten, vernichtet.

Das Schicksal gerade der Jugend wurde nicht unwesentlich von dieser Kampagne beherrscht. Die kleinbürgerlichen, reaktionären und pfäffischen Losungen der Anti-AKW-Bewegung wurden praktisch in der Schule zum Pflichtprogramm, wurden im Kindergarten vermittelt, sie plärrten von morgens früh bis abends spät als sogenannte Umweltpropaganda über alle Kanäle. Sie wurde unterstützt sowohl von der DKP als auch von sogenannten "marxistisch-leninistischen" Organisationen, ungeachtet dessen, daß gerade die Sowjetunion die Kernenergie forciert hatte, daß gerade die VR China unter Mao Zedong die Kernenergie unterstützte; das alles interessierte sie gar nicht. Sie behandelten das auch nicht. Sie legten nur auf einen Wert: daß diese angebliche atomare Gefahr für die Menschheit verschwindet. Dies war der Beginn der Liquidation der kommunistischen Bewegung in diesem Land und der Hinüberführung von größeren Teilen in die "Grüne Bewegung" und damit der radikalen Liquidation revolutionärer Potenzen in diesem Land. Es gab nur eine einzige Gruppe und Organisation, die diesem verbrecherischen Unwesen widerstand. Bei der Konstellation, die diese Diskussion, die Anbahnung und Durchführung der Verlagerung der Produktion möglich macht, spielt also der Umsturz in China und damit die mögliche Kooperation in kapitalistischer Weise eine bedeutende Rolle. Die Forcierung der Produktionsverlagerungen wurde auch von der sowjetischen Führung unterstützt, der man die Verringerung der Kernenergie mit dem zunehmenden Verkauf eigener Öl- und Gasreserven nach Europa schmackhaft machen konnte. Auch die Sowjetunion wurde von daher immer mehr ein Land, das sich auf den Verkauf seiner Bodenschätze konzentrierte.

Bevor wir auf andere Faktoren zu sprechen kommen, müssen wir uns überlegen, welche Bedeutung dies eigentlich hatte. Auch in den siebziger Jahren hatten wir in der Jugend zum Beispiel eine massive Verbreitung des Rauschgiftes, die faktisch von Staats wegen begünstigt wurde. Hier begann man schon, einem Teil der Jugend die Zukunft zu verbauen. In der Ideologie, die in die Massen hineingetragen wurde, wurde nicht nur Antiindustrialismus verbreitet, sondern auch ein spießiger, ausschließlich auf den individuellen Gewinn zielender Geist, der so etwas wie gesellschaftliche Verantwortung, Fortentwicklung der Produktivkräfte, Fortentwicklung des eigenen Landes wie auch der Arbeiterklasse für null und unbedeutend erklärte. Dies ist nicht nur eine Folge dieser ökonomischen Vorgänge. Wir werden im weiteren auch auf andere, politische Faktoren eingehen müssen, die hinter diesen Vorgängen steckten.

Wir müssen uns aber im klaren sein, daß diese Liquidation der Arbeiterklasse, die in dieser Weise begann und Jahr für Jahr Hunderttausende von Arbeitsplätzen kostete und die sich in der sogenannten "Umstrukturierung" fortsetzte, durchaus bereits das Schicksal von Millionen von Menschen beherrschte. Ein nicht unerheblicher Teil der Arbeiterklasse wurde mit Abfindungen abgespeist, wurde in bessere Positionen gehoben, in Form von Angestelltenjobs, in Form von Staatsposten, wofür dieser Sektor aufgebläht wurde, was uns heute teuer zu stehen kommt. Man reduzierte die Jugend, man war ganz zufrieden damit, daß die Geburtenziffer sank. So weit es die sozialdemokratisch-grüne und liberale Richtung angeht, hat man jedenfalls diesen Prozeß gefördert. Und von der bestehenden Jugend wurde ein Teil ins Abseits geschoben, eben durch eine Subkultur, durch Rauschgiftkultur und ähnliches, wobei man sich im klaren sein muß, daß dies auch Vernichtung von Hunderttausenden von Menschen beinhaltete. Die Förderung eines regelrechten kulturellen Verfalls ist spätestens seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu beobachten. Ein Justizwesen, das mehr oder minder unverdeckt Verbrechen begünstigt und nicht selten die Opfer von Verbrechen verhöhnt, gehört mit in diese Rubrik.

Was damals geschah, war also keineswegs allseitig "sozial abgefedert". Es gab auch schon damals, wie man sagte, eine Zwei-Drittel-Gesellschaft: Zwei Drittel, die in dieser Gesellschaft gut abgefedert sind und das Drittel derer, die nicht zu den Gutsituierten gehörten, die schlechte Arbeiten verrichten mußten oder ins Abseits gedrängt worden waren. All diese

Betrachtungen gehören mit zum Charakter der "Humanität" der damaligen "sozialen Bundesrepublik".

Dieser ganze Komplex, der von uns auch unter dem Stichwort Produktionsverlagerungen behandelt wurde und auch von bürgerlichen Kräften schon längst als ein wichtiges Thema entdeckt worden ist, da er bei einer auch nur halbwegs realistischen Analyse gar nicht übersehen werden kann, ist trotzdem nur der Grundstock, der ökonomische Unterbau jener politischen Entwicklung, die die Katastrophe dieses Landes ausmacht. Es ist für uns notwendig, daß wir, um eine Übersicht über die heutige politische Lage zu bekommen, auch auf die politische und kulturelle Seite der Bundesrepublik zurückkommen.

VII.

Aus alledem folgen eine ganze Reihe von Widersprüchen, die die komplizierte und sich radikalisierende Lage ausmachen. Viele Stimmen im Ausland sprechen nun davon, daß Deutschland ein Land der Stagnation sei. Und in der Tat, wenn man vergleicht, wie stark sich etwa Ostasien, aber auch viele andere Teile der dritten Welt verändert haben, dann kann es einem in den Sinn kommen, daß wir hier in Zentraleuropa inzwischen auf dem Hinterhof der Entwicklung leben. Natürlich kann das nicht von den in den Vorkapiteln erwähnten Faktoren getrennt werden. Durch die Ereignisse des Jahres 1989, genauer gesagt, durch die endgültige Aushievelung der revisionistischen Sowjetunion zwischen 1983 bis 1991¹⁸, kam Deutschland von der Geographie des Kapitalismus her in eine günstige ökonomische Lage, da es zum industriellen und handelsmäßigen Zentrum werden würde. Eine kapitalistische ökonomische Neuentwicklung von wesentlichen Teilen Osteuropas versprach eine Reihe Chancen.¹⁹

Verbreitet herrscht die Ansicht, daß die bestehenden Strukturen eine Blockade selbst gegen eine mögliche kapitalistische Entwicklung ausüben.

Aber diese Strukturen sind selbst nur Ausdruck der kapitalistischen Besonderheiten der letzten 30 Jahre, die wiederum in den sozialen Auseinandersetzungen wurzeln. Die großen Unternehmen haben die jahrzehntelange Anwendung der Arbeitskraft in diesem Land dazu genutzt, internationale Konzerne zu werden, das hier akkumulierte Kapital ist in die internationale Anwendung geflossen. Dort konkurriert es derzeit mit Erfolg mit den Kapitalien aus anderen Ländern. Die deutschen Konzerne ziehen mittlerweile auch einen deutlich größeren Teil des Profits aus dem Ausland.²⁰ Sie haben sich so weit wie möglich den Bedingungen anzupassen gesucht. Die Schritt für Schritt entlassenen Kollegen bilden in letzter Konsequenz nicht ihr Problem, dies halst man dem Staat auf, damit dieser die Kosten möglichst der verbliebenen Arbeiterklasse und der jungen Generation auflädt. Man schuf einen sogenannten Sozialstaat, der die Verwerfungen auffangen sollte. Man nahm gewisse Kosten in Kauf, Hauptsache man hatte Ruhe. Auch an der Bürokratie rüttelte man nur wenig, alles was sich an dem Staat angepaßt hatte, sollte nach Möglichkeit nicht aufgebracht werden. Jetzt kommt dies der Bourgeoisie zu teuer.

Verblieben sind im Land zu einem erheblichen Teil die Chemie- und Pharmaindustrie sowie die Autoindustrie (bis jetzt), die im weltweiten Vergleich einen deutlichen Hang zum gehobenen Segment, zum Luxus (Audi, BMW, Porsche und Daimler Benz in der PKW - Produktion) aufweist. Daraus fließen erneut international gewonnene Extraprofite in die Kassen dieser Konzerne und ebenso an alles, was daran hängt. Schließlich ist der Maschinenbau immer noch ein starker Sektor der deutschen Industrie.

Die Mittelindustrie ist zu einem Teil noch immer an der Spitze auf Grund des Einsatzes und der Kreativität der Ingenieure und Facharbeiter und auf Grund starker Traditionen auf diesem Gebiet.

Dies sind die ökonomischen hauptsächlichen Momente, die wir unserer Analyse zugrunde legen. Trotz des scheinbar noch immer bestehenden relativ großen ökonomischen Erfolges der Bundesrepublik erkennen doch trotzdem fast alle Ökonomen die Probleme der Erstarrung der inneren Verhältnisse an. Die Tatsache, inzwischen auf verschiedenen modernen Produktionsgebieten keineswegs mehr eine führende Rolle inne zu haben, obwohl das Land von seinen wissenschaftlichen Potenzen her gesehen dafür gute Voraussetzungen hatte, bringt die Frage nach den Ursachen. Es stellt sich die Frage, warum die kapitalistische Entwicklung des Landes dazu unfähig war, denn eine solche Entwicklung wäre ja normalerweise auch im Interesse der besitzenden Klasse, die sich doch international der Konkurrenz stellen muß.

Die krassen Phänomene der Freisetzung von Millionen Menschen durch dieses ökonomische System sind für den Kapitalismus weltweit charakteristisch. In Rußland, fast in allen Ländern der Dritten Welt, auch in den USA gibt es dieses Phänomen der Freisetzung. Der Kapitalismus braucht die Arbeitslosigkeit, um den entsprechenden Druck auf die Arbeitskraft auszuüben. Aber das Phänomen, das wir in Europa treffen, daß sich die Kinderzahl gleichzeitig mit dieser Freisetzung jahrzehntelang radikal unter die Reproduktionsrate vermindert, ist bislang von einer besonderen Qualität. Dies ist auch nicht in allen europäischen Ländern gleich. In einigen Ländern, wie in Italien oder Spanien oder auch in Rußland, ist die Geburtenrate in den letzten Jahren radikal heruntergefallen, noch tiefer als in Deutschland, aber in Deutschland ist das Problem auf Grund der Dauer am tiefgreifendsten. Hier haben wir bald eine 35-jährige negative Entwicklung, und das bei eigentlich relativem Wohlstand im Land. Das bei Bedingungen in den siebziger Jahren, bei denen man eigentlich meinen muß, daß das Aufziehen von Nachwuchs eine Selbstverständlichkeit hätte sein müssen. Dies bedarf schon einer besonderen Untersuchung. Dies läßt sich nicht alleine mit ökonomischen Phänomenen erklären.

Das Phänomen, daß ein Land faktisch sich auf dem Wege „zum Aussterben“ befindet, wie vor kurzem ein französischer Beobachter mit Bezug auf Deutschland feststellte, zumindest aber mit schwersten sozialen Brüchen rechnen muß, bedarf schon einer besonderen kulturellen Untersuchung. Welche Ursachen haben dies ermöglicht? Uns darf es auch nicht trösten, daß es eine parallele Entwicklung in einer Reihe von europäischen Staaten gegeben hat. Deutschland ist im Zentrum Europas gelegen, war früher das Zentrum der industriellen Entwicklung auf dem Kontinent und ist es bis zu einem gewissen Grade noch. Entwicklungen hier haben unweigerlich Entwicklungen in den Nachbarstaaten zur Folge. Deswegen ist die deutsche Frage gleichzeitig eine europäische Frage. Kein materialistischer Analytiker kann an diesen Fragen vorbeigehen. Um so gravierender ist es, daß sie von angeblich revolutionären Organisationen über lange Zeit vollkommen ignoriert wurde und sogar jetzt noch weiter ignoriert wird, obwohl diese Frage seit dreißig Jahren in aller Offenheit vorliegt und sie von Zeit zu Zeit in der bürgerlichen Presse erwähnt wurde. Organisationen oder Gruppen wie wir, die diese Punkte selbstverständlich erwähnen, sich dieser Frage widmen und ihre Quellen zu analysieren versuchen, werden von gewissen Kräften sogar in die Ecke von Rechten gestellt, wenn sie auch nur die Sprache auf dieses Problem bringen. Dies zeigt, daß es hier um einen neuralgischen Punkt der Gesellschaft geht und es eine irrationale Verdrängung dieser Fragen gibt.

Für die Arbeiterklasse innerhalb des Landes sind ganz praktisch die Fragen der Verdrängung der Produktion, der Verdrängung der bisherigen Arbeitskräfte durch Billigarbeitskräfte und die Verlagerung von Produktion in Billiglohnländer eine ganz alltägliche sie berührende Frage geworden. Organisationen, die diese Fragen umgehen und nicht die notwendigen Schritte einleiten, die in ihrem Möglichkeiten stehen, um hier die Arbeiterklasse in ihrem

Kampf zu unterstützen, können nicht für sich in Anspruch nehmen, in irgendeiner Weise Vertreter der Arbeiterklasse oder damit verbundener revolutionärer Schichten zu sein. Eine linke Bewegung, die vor diesen Fragen und ihren internationalen Zusammenhängen wie vor der nationalen Geschichte kneift, ist ein Nichts.

VIII.

Widmen wir uns also noch einmal diesen Fragen und ihrem vollen Hintergrund. Ein Ansatzpunkt zur politischen Analyse ist mit Sicherheit der politische Rahmen, der diesem Deutschland nach 1945 gesetzt wurde. Die Kriegskoalition der USA, Großbritanniens und der UdSSR und, von ihnen hinzugezogen, auch Frankreich besetzte Deutschland nach dem Sieg über die Nazi-Wehrmacht. Das Urteil lautete auf bedingungslose Kapitulation, und das Schicksal des Landes war zu diesem Zeitpunkt äußerst ungewiß. Die Festlegung, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt werden sollte, war nur ein ganz allgemeiner Rahmen, der nichts Näheres über die Durchführung besagte. Die Grundlage des neuen Deutschland nach 1945 wurde mit dieser Besatzung gelegt. Und woher kam die Besatzung? Aus Staaten ganz unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, aus einem Bündnis zwischen den USA und der UdSSR heraus.

Der entscheidende Schritt zu dieser Konstellation wurde mit der Konferenz von Teheran im November und Dezember 1943 erreicht. Mit dem Jahre 1943 war endgültig klar geworden, daß Nazideutschland den Krieg in jeder Beziehung verlieren würde. Das Vabanquespiel, mit immer neuen Angriffen und dreistem Vorgehen "siegreich" zu sein, war mit der Schlacht von Stalingrad im Februar 1943 zuende. Es folgte noch die Schlacht von Kursk, die das Schicksal weiter besiegelte. Kenner, die sich über die Konstellation Nazideutschlands im klaren waren, wußten jedoch bereits im Jahre 1941, daß mit dem Krieg gegen die Sowjetunion und dem Beginn eines Zweifrontenkrieges durch die Kriegserklärung gegenüber den USA im Dezember 1941 das Schicksal Nazideutschlands besiegelt war. Die Kriegspotentiale dieser beiden Flügelmächte, verglichen mit denen Deutschlands, würden sehr bald zeigen, daß keine Chance für Nazideutschland bestand. Überhaupt saß Nazideutschland mit der Entwicklung dieses von ihm durch den Angriff auf Polen begonnenen Krieges in der Falle.

Das Abkommen von Teheran, in dem die Sowjetunion faktisch mit den USA und nebenher auch noch mit Großbritannien die Teilung Europas besprach, legte die Ordnung fest, die dann in Jalta im Detail ausgeführt wurde. Diesem Abkommen ging im Jahre 1943 auch die Auflösung der Kommunistischen Internationale vorweg, die von Seiten der Sowjetunion zugunsten der Alliierten durchgesetzt wurde. Dies wirft natürlich Fragen nach der proletarisch-internationalistischen Politik der Sowjetunion in dieser Phase auf. Es wurde schon oft die Frage aufgeworfen: Zeigt es denn nicht, daß die UdSSR, daß Stalin den Weg des proletarischen Internationalismus verlassen hatte, wenn er so weit ging, die Kommunistische Internationale zugunsten der Westmächte aufzulösen? Darauf antworteten wir wie viele andere mit einer anderen Frage: Was hat denn die Kommunistische Internationale in den vorhergehenden Jahren vermocht? Welche tatsächlichen Mobilisierungserfolge hatte sie? Konnte man zugunsten einer Internationale, die nicht fähig war zu organisieren, wichtige strategische Gesichtspunkte unbeachtet lassen, oder sollte man sich nicht lieber in der gegebenen Situation auf vorhandene materielle Kräfte verlassen? Und die USA und Großbritannien waren materielle Kräfte. Hier stellt sich aber nun die Frage: Warum konnte man nicht in dem Land, in dem vorher die international größte Arbeiterbewegung existiert hatte, weiter auf eine solche setzen? Diese konnte doch nicht alleine durch 10 Jahre Nazierrschaft verschwunden sein. Wodurch waren sie und die gesamte Opposition gegen Hitler so erdrückt worden? Und hier stellen sich die Probleme, die wir in anderen Artikeln behandelt haben, nämlich die Fra-

ge, wie es zur Naziokkupation und zu diesem Krieg kam und welche Rolle in punkto proletarischer Internationalismus die Sowjetunion in den zwanziger und dreißiger Jahren spielte.²¹

War diese Politik ausreichend richtig gewesen, so daß die Sowjetunion mit Berechtigung zu einem solchen Schritt greifen konnte? Welche Politik hatte die UdSSR im Verhältnis zum Nazifaschismus betrieben, daß sie sich herausnehmen konnte, dem alles andere zu opfern? Und hier stellen sich in der Tat eine Reihe von Fragen, denn diese Politik, die die Sowjetunion betrieb, war alles andere als perfekt, um es milde auszudrücken. Es gibt eine Reihe von Punkten, wo in krasser Weise dem Nazifaschismus zugearbeitet wurde, und dafür tragen sie die Verantwortung. Dies kann bei den Betrachtungen nicht außer Acht gelassen werden. Natürlich muß ein sozialistischer Staat, der sich im Krieg befindet, bei dem es im Kampf um Leben und Tod geht, Machtfaktoren, militärisch elementare Faktoren berücksichtigen, muß ein solcher Staat auch wesentliche Gesichtspunkte, die für die Zukunft vielleicht wieder wichtig werden könnten, nach hinten stellen, um den Sieg über den Nazifaschismus zu garantieren. Wie weit können die Kompromisse gehen, das ist die Kernfrage, die bei dieser Handlung wie auch schon vorher beim Abkommen mit Nazideutschland im Jahre 1939 zu stellen ist.

Man kann feststellen: es gibt eine Reihe von Gesichtspunkten, die die Korrektheit der Politik der Sowjetunion in Frage stellen, die daraufhinweisen, daß die Sowjetunion, was die proletarische Bewegung in Mittel- und Westeuropa betrifft, zunehmend eine Reihe katastrophaler Fehler zeigt. Das ist ein schwerer Vorwurf, der nach der Untersuchung der Politik der Sowjetunion in den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren erhoben werden muß. Allein schon die Reaktion auf das starke Aufkommen des Nazifaschismus im Jahre 1930 zeigt schwerste Mängel von Seiten der Sowjetunion. Es gibt sogar eine Reihe von Punkten in den zwanziger Jahren, die eine unzureichende Bekämpfung des Faschismus beweisen. Das geht von einer Anbiederei an den Mitbegründer des Faschismus Georges Sorel, nach dem man in der Sowjetunion sogar ein neugegründetes Institut benannte, bis hin zu "Ratschlägen" an die KPD, der man dann später wegen des „Versagens“ schwerwiegende Vorwürfe machen sollte, sich mit Rechten und Nazis einzulassen, bis hin zu taktischen Fehlratschlägen, die auf eine faktische Begünstigung des Nazifaschismus hinausliefen. Die Fehler sind derart, daß man zuweilen das Interesse an einer erfolgreichen Bewegung im Westen in Frage stellen muß. Für alles das trägt die KPdSU die Verantwortung. Und diese Verantwortung können sie nicht wegstreichen, wenn sie später die deutsche Frage behandeln.

In der DDR sind diese Fragen niemals ernsthaft behandelt worden, obwohl sie hätten behandelt werden müssen. Dazu kommen weitere Punkte, die in dieser Hinsicht zu berücksichtigen sind. Ein erheblicher Teil der Kader der KPD wurde in der Sowjetunion unter der Beschuldigung der angeblichen Agententätigkeit und subversiver Tätigkeit erschossen und verschwand dort in Lagern, wobei man dann im weiteren nichts mehr über sie weiß. Es gab keinerlei Aufarbeitung dieser Punkte von Seiten der DDR. Das geht so weit, daß führende Persönlichkeiten in irgendwelchen Gedenkstätten erwähnt sind und es heißt dazu: "Gestorben in Moskau im Jahre 1937." Mit keinem Wort wird dabei erwähnt, daß es sich um die Erschießung durch eben diese sozialistische Staatsmacht handelte. Die Spitze der Perversion ist es, wie es auch schon vorgekommen ist, wenn behauptet wird, daß die Ursache dafür letztlich im Druck der westlichen Mächte liegt. Das ist eine Entschuldigung von inneren Widersprüchen, die in keiner Weise zulässig ist, denn die UdSSR war in keiner Weise durch den Druck äußerer Mächte gezwungen, kommunistische Kader im Inneren zu erschießen, ohne dafür eine ausreichende Grundlage zu haben. Es bedarf wohl keiner näheren Erläuterung, daß eine Verurteilung, sagen wir, von führenden Mitgliedern der KPD wie von anderen Parteien, nicht aufgrund von irgendwelchen vagen Hinweisen erfolgen kann, sondern daß dafür ein gesichertes schriftliches Urteil vorliegen muß. Im anderen Falle muß von einem kriminellen Mord gesprochen werden.

Allein schon die Tatsache, daß es in späterer Zeit, weit nach dem Zweiten Weltkrieg, überhaupt keine Bemühungen gab, diese Fragen, diese vermeintlichen oder tatsächlichen Fehler überhaupt aufzuarbeiten und in Büchern klarzustellen, zeigt doch, daß hier im allerhöchsten Maße etwas faul war und daß die SED einen erheblichen Teil der Geschichte der Arbeiterbewegung verstecken mußte. Dies ist in keiner Weise zulässig. Dies mußte auch das Vertrauen in die kommunistische Bewegung substantiell schwächen. Was war denn mit einem kommunistischen Kader, der 10 oder 15 Jahre nach dem Krieg die Frage stellte, was damals war. Und wir können uns nicht der Logik von Kurt Gossweiler anschließen, daß das sozialistische Ideologie sei, wenn so etwas unter den Tisch gekehrt wird, daß man es aus taktischen Gründen nach hinten schieben müsse. Taktische Gründe kann es nur in einer momentanen Situation geben, sie dürfen aber nicht zur prinzipiellen Ausrede über Jahrzehnte werden.

Das Wesentliche daran ist, daß die substanzielle Handlungsweise, nach der in der KPdSU in dieser Weise verfahren wurde, das Vertrauen innerhalb der Arbeiterbewegung selbst untergraben mußte, jedenfalls in Westeuropa. Zusätzlich zu erwähnen ist, daß die Kommunistische Partei Chinas gerade deshalb ihre Revolution vollziehen konnte, weil sie sich praktisch von der Komintern abgekoppelt hatte. Seit dem Langen Marsch und der Übernahme der Führung durch Mao Zedong im Jahre 1935 spielte die Komintern und ihre Einwirkung auf die KP Chinas faktisch keine Rolle mehr.²²

Bei den Betrachtungen, warum es zu der katastrophalen Entwicklung des Nazifaschismus in Deutschland gekommen ist und auch zu der Tatsache, daß es in Deutschland selbst nicht ausreichend Widerstand gab, um den Nazifaschismus zu schlagen, kann also nicht außer Acht gelassen werden, welche Faktoren sowohl die deutsche Arbeiterbewegung als auch die bürgerliche Opposition in Deutschland gegenüber dem Nazifaschismus geschwächt haben. Die westlichen Alliierten haben in den dreißiger Jahren erwiesenermaßen sehr viel dafür getan, das Naziregime zu stützen. Wann immer es in eine Krise kam, wurde es außenpolitisch gefördert. Mächte, die so handeln, die durch die Hintertür den Nazifaschismus nachweislich mehrfach und über Jahrzehnte hinweg unterstützt haben, haben überhaupt kein Recht zu erklären, sie hätten das Recht zur Erziehung eines solchen Volkes. Was ist ein Nürnberger Prozeß, der diese Fakten nicht mit berührt? Er ist zumindest in dieser Hinsicht ein Betrug. Und es ist auch klar, daß es rechte Kräfte nach dem zweiten Weltkrieg meist recht leicht hatten. Sie konnten daraufbauen, daß die USA sie hier zu einem erheblichen Teil stützen würde und daß sie in die Fußstapfen der USA treten würden. Etwas anderes war auch gar nicht zu erwarten.

Aber das für uns Wichtigere ist, daß auch die Sowjetunion hier eine ganze Reihe von Dingen verbirgt. Die komplette Besetzung Deutschlands durch die Westmächte und durch die UdSSR bildet die Grundlage für die weitere Entwicklung. Die USA haben mit der Bundesrepublik einen Staat geschaffen, der sozusagen ihrem "Nation Building" entspricht, wie sie das in ihrer heutigen Terminologie nennen. Parteien, Medien, Gewerkschaften wurden von ihnen maßgeblich mit besetzt durch Einsetzung von Personen, die auf sie verpflichtet waren. Dadurch wurde das innere Leben der Bundesrepublik, das geistige öffentliche Leben insbesondere, über lange Zeit, ja bis heute, maßgeblich von den USA-Imperialisten mit bestimmt.

Die Sowjetunion hat eigentlich immer eine maßgebliche Kontrolle über die DDR ausgeübt. Alle die Widersprüche, die die Sowjetunion hatte, wirkten sich sehr unmittelbar auf die DDR aus. In ihr verbande sich durchaus ein Bemühen um Sozialismus und erfolgreichen Aufbau mit einer Unterordnung unter diesen Staat, was einen Widerspruch darstellte.

IX.

Kommen wir zurück zur Analyse der gesellschaftlichen Faktoren, die maßgeblich für die ökonomischen Veränderungen der letzten 30 Jahre waren. Hier spielt, wie oben erwähnt, die Anti-AKW-Bewegung eine bedeutende Rolle. Sie hat in Deutschland in einem Maße stattgefunden, wie in keinem anderen Land. Die Bundesrepublik ist der Geburtsort dieser „Massenbewegung“, von hier aus wurde sie in breitem Umfang in andere europäische Länder getragen. Schweden²³, Österreich und eine Reihe andere Länder wurden maßgeblich von dieser Kampagne aus Deutschland beeinflusst. Zum einen hat diese Bewegung eine Basis im eigenen Lande, in Form von bestimmten kleinbürgerlichen Kräften und von bestimmten Kräften aus der Finanzoligarchie, also aus den Banken heraus. Zum anderen spielte der USA-Einfluß, wie unsere Propaganda in den siebziger Jahren bereits feststellte, zusammen mit rechten und kleinbürgerlichen Kräften eine maßgebliche Rolle bei dieser nachhaltigen kulturellen Beeinflussungskampagne, deren Bedeutung weit über die Kernenergie hinausgeht. Und weiter gilt diese Einflußnahme für die damalige Sowjetunion, die unter anderem über die DKP Einfluß auf die Anti-AKW-Bewegung nahm, obgleich sie selbst massiv die Kernenergie entwickelte. Überhaupt treten alle oben genannten Organisationen im Zusammenhang mit dieser Bewegung auf. In einer sehr wichtigen Stellungnahme von Oktober 1978²⁴ ging unsere Organisation auch auf die Rolle der neuen, im Umsturz befindlichen chinesischen Führung nach dem Tode Mao Zedongs ein, die in ein und derselben Phase auf der einen Seite Organisationen unterstützte, die sich mit ganzer Kraft auf die Anti-AKW-Bewegung warfen, und gleichzeitig über den Kauf von Kernenergie aus diesem Lande verhandelte.

Das Zusammenwirken gleich mehrerer Kräfte spielte für das Zustandekommen dieser Bewegung und zum Erreichen einer Dominanz in der öffentlichen Meinung eine sehr wichtige Rolle. Ohne Kommunisten dabei, allein gestützt auf Bürgerinitiativen hätte man diese Bewegung nicht zum relativen Erfolg führen können.

In ihr waren enthalten alle Angriffe gegen die moderne Zivilisation, gegen die modernen Wissenschaften, gegen das, was ein modernes Land ausmacht. Nicht ganz unrecht haben zahlreiche Anti-AKW-Vertreter, wenn sie ihre Kampagne gegen die Kernenergie heute wortwörtlich mit einer "Abwicklung Deutschlands" in Verbindung bringen.²⁵

Die Deindustrialisierung ist nicht **nur** von der Anti-AKW-Kampagne erzeugt worden. Klar, das muß gesagt werden, man darf die Sache nicht auf einen Punkt vereinsamen! Aber ohne diese Kampagne wäre nicht der Stoßkeil für die antiindustrielle Ideologie geschaffen worden. Die Anti-AKW-Kampagne ist sozusagen der Kernpunkt der "alternativen" und grünen Richtung, die Ende der siebziger Jahre geschaffen wurde.

Anfang der siebziger Jahre wurde eine Bürgerinitiativenbewegung geschaffen, die solche Elemente enthielt. Aber erst in den Jahren 1972 bis 1974 wurde diese Bewegung in großem Umfang aufgezücht. Im Jahre 1974 kam es zu den ersten größeren Demonstrationen im Zusammenhang mit dem geplanten Kernkraftwerk in Wyl, die im Frühjahr 1975 fortgesetzt wurden. In dieser Kampagne wurde bereits die prinzipielle Stoßrichtung gegen die sogenannte "Überindustrialisierung" und gegen eine angeblich zu weit gehende Beherrschung der Natur durch den Menschen gebracht. In ihr kamen die archaischesten und reaktionärsten Vorstellungen klerikaler Ideologen, die gegen Wissenschaft überhaupt sind, voll zum Tragen. Schamlos wurde diese Bewegung, die reaktionärsten Charakter trug, von sogenannten "marxistisch-leninistischen" Organisationen, von eben jenen Organisationen, von denen Anfangs schon die Rede war, unterstützt. Sie legten mit dieser Kampagne ihren Charakter als antiindustrielle, ultrareaktionäre Parteien offen. Nicht zufällig ist die gleiche Organisation, die so vehement gegen die Usurpation der Bewegung im Jahre 1970/71 kämpfte, die einzige Organisation, die sich auch diesem Trend in den Jahren 1976 bis 1979 entgegenstemmte.

Diese Bewegung sollte einen kulturellen Selbstzweifel in Gang setzen, daß die Beherrschung der Natur durch den Menschen - die immer nur eine teilweise sein kann, weil der Mensch selbst ein Teil der Natur ist - eine gefährliche Sache sei, der wir uns mit Selbstbeschränkung zu stellen hätten. Der Mensch als "Umweltsünder Nr. 1" an der Natur, ja ein Widerspruch zur Natur selbst, der zum Aussterben verurteilt sei - das war keine seltene Ansicht. Wir brauchen uns von daher nicht über Ergebnisse zu wundern, die heute, einige Jahrzehnte später, durchschlagen.

Auf Grund der hier genannten Faktoren kam innerhalb der „linken“ kleinbürgerlichen Kräfte eine so breite Basis zugunsten dieser ganzen Richtung zustande. Und sie richtete sich im Kern gegen die Arbeiterklasse in diesem Land und mußte sie weiter untergraben. Bei der Verringerung der Arbeiterklasse, die im weiteren stattfand, der Anhebung eines Teiles von ihr, der Verdrängung eines weiteren Teils von ihr und der Freisetzung insbesondere von Jugendlichen, der Versumpfung von Jugendlichen innerhalb einer imperialistischen Subkultur, mußte der Aufbau einer revolutionären Organisation regelrecht versperrt werden.

X.

Die türkische Frage in Deutschland wird wiederholt behandelt werden müssen. Sie ist bisher in keiner adäquaten Weise behandelt worden. Sie wird insbesondere nicht von angeblich revolutionären türkischen Organisationen behandelt. Es ist nicht ein einziger selbstkritischer Bericht seitens türkischer Organisationen bekannt, der die soziale Entwicklung der Türken in Deutschland allgemein untersucht und die heutige Lage analysiert, etwa mit dem Ziel, zu einem gemeinsamen sozialen Kampf, zu einem gemeinsamen Klassenkampf zu kommen. Eine Suche nach solchen Analysen, nach solchen Bestrebungen erweist sich als die blanke Fehlanzeige. Und dieser Fakt spricht selbst schon für sich.²⁶

Schon Anfang der siebziger Jahre hat die Bourgeoisie in diesem Land Kräfte wie Neoislamisten und Reformisten aus der Türkei geholt und unterstützt. Über Jahre hinweg konnten türkische islamistische Kräfte ungeniert unter dem Schutz der Behörden operieren und dabei ihre eigenen Landsleute kontrollieren und durften dabei gegen die deutsche Mehrheitsbevölkerung hetzen, eben weil sie eine Funktion für eben dieses bundesdeutsche Regime wahrnahmen. Wenn schlußendlich es soweit kommt, daß dubiose Gestalten wie jener sogenannte «Kalif von Köln» oder sogenannte "Imame" wegen ihrer öffentlichen Hetze zur gerichtlichen Verfolgung kommen, nachdem das viele Jahrzehnte so praktiziert wurde, dann deshalb, weil sie das Maß in gewisser Weise überschritten haben. Das Phänomen existiert aber seit langem und es ist den Behörden seit langem bekannt. Wie kann ein Staat zulassen, daß eine Minderheit mit reaktionären Motiven die Kultur und die Bevölkerung der Mehrheit der angestammten Nation verhetzt und verleumdet? Was ist das für ein Staat, der dies zuläßt, der dies vielleicht noch abdeckt und Leute, die dies kritisieren, in die Ecke von Fremdenfeindlichkeit stellt.

Der Staat hat nachweislich die neofaschistische NPD unterstützt und darin Agenten unterhalten, die sich in einer besonderen Weise rassistisch hervorgetan haben. Diese Organisation und einige weitere rechte Umtriebe dienten zur Behauptung, wie gefährlich in Deutschland die „Fremdenfeindlichkeit“ sei, die man absolut vorrangig bekämpfen müsse. Die gesamte sogenannte Kampagne gegen Rechts behandelt diese staatliche Provokateurrolle nicht und lenkt von den staatlichen Umtrieben ab. Aber das ist nur eine Seite. Auf der anderen Seite entwickelte sich ebenfalls eine ultrarechte Reaktion innerhalb der islamischen Sondergesellschaft, in Form von türkischen Rechten und vor allem von Islamisten, die in der türkischen Minderheit eine reaktionäre Kontrolle ausüben. Erst im Jahre 2005 ist dies durch die Behandlung der sog. „Ehrenmorde“ in die breitere Öffentlichkeit getreten. Es kommen heute bei den Islamisten auch solche aus arabischen Ländern hinzu, wenn auch zahlenmäßig in

geringerem Umfang, unter denen es aber einen besonders strengen islamischen Fundamentalismus gibt.

Als die türkische Einwanderung in Deutschland größere Zahlen annahm, das heißt etwa seit dem Jahr 1969, stellte sich die Aufgabe eines Zusammenschlusses der türkischen Organisationen sowohl mit den deutschen marxistisch-leninistischen Organisationen als auch mit denen der übrigen ausländischen Nationalitäten zu einer einheitlichen Partei. Es muß hier festgehalten werden, nachdem viele türkische Organisationen von Anfang an diesem selbstverständlichen proletarischen Internationalismus entgegengearbeitet haben, daß weiter im Falle der TKP/ML festzustellen ist, daß nach deren innerem Umsturz im Jahre 1972/73²⁷ in dieser Weise gearbeitet worden ist, die türkischen Arbeiter von den deutschen Arbeitern zu trennen. Die Solidaritätsbekundungen in allgemeiner Form decken nicht darüber hinweg, daß die TKP/ML -sie steht hier als Beispiel gleich für eine Reihe von anderen Organisationen - die eigenen Arbeiter dahin erzog, sich vor allem an der Türkei zu orientieren und nicht hier am gemeinsamen Klassenkampf. Dies spricht selbst Bände. Dies ist in letzter Konsequenz die Fortsetzung einer Politik der "Grauen Wölfe", nicht aber einer marxistisch-leninistischen Partei. Dies muß scharf verurteilt werden. Diese gleiche Partei, die diese Politik betrieben hat, wurde später einer der Hauptinitiatoren der RIM (Revolutionary Internationalist Movement), die für sich in Anspruch nimmt, auf internationalistische Weise zu organisieren. In der konkreten Praxis ist sie aber in extremer Weise nationalistisch-separatistisch. Die Untergrabung der Möglichkeiten für den proletarischen Zusammenschluß in den kapitalistischen Ländern wie Deutschland hängt auch nicht nur mit dem Verfall der deutschen revolutionären Organisationen, sondern auch mit dem Verhalten der ausländischen Organisationen zusammen. Die revolutionären Arbeiter aller Nationalitäten müssen sich in einer Partei zusammenfinden und dahin müßte das Wirken gehen. Davon kann aber keine Rede sein. Faktisch hat jede einzelne deutsche Organisation versucht, eine eigene Werbung unter ausländischen Arbeitern zu machen, aber eine Unterstützung von Seiten türkischer Kräfte dafür gab es nicht.

Diese türkische Organisation arbeitete sogar lange Zeit mit der liquidatorischen Gruppe "Gegen die Strömung" zusammen, die schon während der siebziger Jahre faktisch keine Mobilisierung und Organisierung innerhalb Deutschlands betrieb, die nationale Frage und die Frage des Hegemonismus leugnete und die Rolle des USA-Imperialismus in Deutschland deckte. Die Rolle der Gruppe "Gegen die Strömung" ging so weit, daß sie sich weigerte, die hegemoniale Rolle der USA in Europa überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, obwohl das unter anderem der KP Chinas unter Mao Zedong entsprach, von der die Gruppe lange Zeit behauptete, daß sie auf dem Boden dieser Politik stehe. Andere türkische Gruppen führten aber eine sozialdemokratische oder revisionistische Existenz und separierten sich genauso wie alle übrigen. Es kam auch bei der DKP und bei den mit ihr zusammenarbeitenden türkischen Organisationen nicht zu einer einheitlichen Partei. Ebenso wenig kam es bei dem Roten Morgen, bei der KPD/AO oder dem KBW mit den jeweils zusammenarbeitenden Parteien zu einheitlichen Parteien aller Nationalitäten. Die verschiedenen Organisationen arbeiteten ähnlich wie bei den Vorstellungen des früheren "Jüdischen Bundes" in Rußland, der von Lenin so vehement kritisiert wurde, als parallele Organisationen nebeneinander her. Keine gemeinsame Organisierung aller Nationalitäten in einer Partei, sondern Organisierung nach verschiedenen Nationalitäten in verschiedenen Organisationen - das war das revisionistische, erzrechte, halbfaschistische Konzept, das sich innerhalb dieser Linken offenbarte. Türkische Organisationen tragen dabei die Hauptverantwortung der Unterstützung der Reaktion im allgemeinen wie im besonderen. Damit muß eine vollständige Abrechnung erfolgen.

Für Leute, die sich nicht genau auskennen, hier noch der folgende Hinweis: Wenn Sie diese Frage untersuchen wollen, dann fragen sie mal nach der Rolle der ATIF ("Föderation der

Arbeiter aus der Türkei in Deutschland"), welche Vorschläge sie gemacht hat, in Deutschland zu einheitlichen Arbeiterorganisationen zu kommen. Das ist eine vollständige Fehlansage.

Da aber die ausländischen Arbeiter noch über lange Zeit innerhalb der verbliebenen Arbeiterklasse den Anteil der stark ausgebeuteten, schlecht bezahlten Arbeiter stellten, stellten diese für die proletarische Partei an und für sich ein wichtiges Rekrutierungspotential dar, solange das Kapital die Produktion hier im Lande behielt. Dies war aber unter den gegebenen Bedingungen trotz vieler Bemühungen unter den deutschen Organisationen erheblich blockiert. Bei den weiteren Aufgaben des Verfolgens einer einheitlichen Partei in Deutschland wird es zur proletarischen Organisation allerdings auf die gemeinsame Organisation aller jetzt verbliebenen Arbeiter aller Nationalitäten ankommen. Jede Form von dauerhafter separater Organisation nach Nationalitäten muß als konterrevolutionäre Erscheinung bekämpft werden.

XI.

Die türkische Gesellschaft in Deutschland begann etwa mit dem Jahre 1974 selbst zu stagnieren und allmählich einen sozialen Umwandlungsprozeß durchzumachen. War in der Phase bis 1973 das Arbeiterelement innerhalb der türkischen Gesellschaft in Deutschland dominierend, so nahm von da ab relativ das kleinbürgerliche und bürgerliche Element drastisch zu. Dazu kam, daß der islamische Fundamentalismus gerade auch unter den Türken in Deutschland mit Begünstigung durch den deutschen Staat eine kontrollierende Rolle einnehmen konnte (wie schon festgestellt), bis er schließlich sogar weite Teile der türkischen Gesellschaft hier im Ausland als sein ausgesprochenes Refugium betrachten konnte. Er konnte also die islamistische Separierung und Entwicklung einer islamischen Parallelgesellschaft als seine Aufgabe in diesem Land betrachten. Die bundesdeutsche Staatsmacht gab die Möglichkeit dazu. Dies stellt ganz besonders reaktionäre Vorgänge dar, die gar nicht genug bekämpft werden können. Die türkische Gesellschaft in Deutschland begann also selbst zu verfaulen, ähnlich wie die deutsche Gesellschaft mit dem Arbeiteraristokratismus, durch die Extraprofite, durch die erzwungene Stagnation weiter Bereiche der Gesellschaft, und paßte sich auf ihre Weise den Verhältnissen in Deutschland an.

Es blieb ein Sockel von ca. einer halben Million türkischer Arbeiter und Angestellter, die einen wichtigen Teil des deutschen Proletariats ausmachen.²⁸

Heute wird eine Parallelgesellschaft der Türken in Deutschland beklagt, aber diese hat sich auch nicht mit einem Mal entwickelt. Unter den Augen der Behörden ist diese entstanden und es war ihnen recht, denn ein Zusammenschluß der türkischen Bevölkerungsteile mit den deutschen hätte auch den Zusammenschluß des Widerstandes gegen das deutsche Kapital und seine Behörden bedeutet. In alle Lebensbereiche hinein reicht heute der Einfluß dieser Separiererei. Man nehme nur einmal ein Beispiel aus den Schulen: Wenn dort eine Klassenfahrt gemacht werden soll, dann kann sie oft nicht stattfinden, weil die islamischen Eltern den Schülerinnen und Schülern praktisch verbieten, mit den deutschen Schülerinnen und Schülern zusammen eine Klassenfahrt zu machen. Dies nur als ein ganz konkretes alltägliches Beispiel für etwas, was auch auf vielen anderen Gebieten erkennbar ist. Andererseits gibt es deutsche hochnäsige Kleinbürger, die sich auf ihre Weise von den türkischen Bevölkerungsteilen separieren und hochmütig auf sie herabblicken und auf diese Weise die Spaltung fördern. Dazu kommt noch, daß sich unter ausländischen Kräften eine starke Abteilung der Sumpfkultur des Imperialismus gebildet hat, der Rauschgiftkultur, die den internationalen Handel mit diesen Verderben bringenden Stoffen durch Deutschland hindurch in andere Länder, aber auch in diesem Lande selbst betreibt. Es bedarf keiner Erklärung, daß diese Phänomene selbst eine Heraufstufung des gesamten kriminellen Unwesens im Lande bedeu-

ten, aber man kann dieses nicht vom gesamten gesellschaftlichen Vorgehen loslösen, von dem, was die Bourgeoisie, was das große Kapital in diesem Land macht. Dem großen Kapital war es egal, daß Teile der Bevölkerung versumpfen und kulturell verkommen, wenn sie eh schon vorhatten, große Teile ihres Kapitals im Ausland anzuwenden, um dort neue Arbeitskräfte zu finden. Im Gegenteil, geschwächte Arbeitskräfte, eine geschwächte Kultur, eine Versumpfung entsprechen ihren Anliegen in dieser Hinsicht vollständig. Alle diese negativen Erscheinungen sind von der Geldgier des Kapitals, von der Sucht, alles dem Kapital unterzuordnen, nicht zu trennen.

Man darf die Auswirkungen dieses Islamismus und dieser türkischen Parallelgesellschaft innerhalb Deutschlands nicht unterschätzen. Das gleiche gilt auch für andere Länder, aber für unser Land gilt das in besonderer Weise. Sie hat über zwanzig bis dreißig Jahre erheblich jede fortschrittliche Bewegung, den Klassenkampf dramatisch erschwert, wenn nicht verunmöglicht. Sie ist jedenfalls neben den ökonomischen Bewegungen, die oben genannt sind, ein weiterer grundlegender kultureller und politischer Faktor. Und man darf nicht meinen, daß die Islamisten und Reaktionäre innerhalb der türkischen Gesellschaft nicht wissen, was hier in Deutschland gespielt wird. Unter der Hand lassen sie gegenüber den eigenen türkischen Bevölkerungsteilen erkennen, was ihre Absichten sind. Sie zielen hier auf die Ausdehnung des türkischen Sektors innerhalb dieser Gesellschaft in Verbindung mit der Ausdehnung des Islam innerhalb dieser Gesellschaft ab und rechnen dabei mit der Unterstützung seitens verschiedener Reaktionäre, insbesondere der USA.

Bei allen Islamisten finden wir Losungen gegen die USA: in der Frühzeit bei den Mullahs im Iran genauso wie bei islamischen Fundamentalisten anderer Länder, aber überall da, wo die islamischen Fundamentalisten arbeiten, arbeiten sie de facto mit den USA zusammen. Nirgendwo gibt es einen wirklich entschiedenen Widerstand, außer aus einer extremen erzwungenen Lage²⁹ heraus und auch dort nicht richtig.

Ihr Antikapitalismus ist reaktionärer, profaschistischer Natur. Aber es geht noch weiter. Es ist interessant, mit wem diese türkischen fundamentalistischen Kräfte eine enge Verbindung eingingen. Diese Kräfte, die den religiösen Starrsinn, verknöcherte Strukturen und die Unterdrückung der Frau zum selbstverständlichen Prinzip erklären, verbinden sich mit den deutschen Grünen als enge Bundesgenossen, die bekanntlich, etwa in der sexuellen Frage, ganz andere Positionen vertreten, die in der Frühzeit gerade der Politik der Zersetzung, der industriellen Freisetzung und Förderung des kulturellen Verfalls in diesem Zusammenhang das Wort redeten. Die Grünen waren über Jahre die engen Bundesgenossen der fundamentalistischen islamistischen Türken. Wie kommt es, daß gerade sie eine enge Verbindung miteinander eingingen? Wie paßt das zusammen? Das paßt insofern zusammen, daß beide ein Interesse an der reaktionären Bremsung der deutschen Gesellschaft haben. Das ist der gemeinsame Nenner, der diese beiden völlig unterschiedlichen Kräfte vereint. Ein revolutionärer Staat würde niemals auch nur ansatzweise eine solche Politik dulden. Die türkischen islamistischen Kräfte unterdrücken die fortschrittlichen, progressiven und aufgeschlossenen Kräfte innerhalb der türkischen Gesellschaft in Deutschland. Man erlebt es immer wieder, daß positive Ansätze behindert werden. So werden etwa in den Schulen um modernes Wissen bemühten türkischen Schülern nicht nur von den islamistischen Reaktionären, sondern auch von den Bürokraten Hindernisse in den Weg gelegt.³⁰

Die proletarische Partei vertritt grundsätzlich, daß wir die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der türkischen Bevölkerung in Deutschland fördern und unterstützen, daß wir die Verschmelzung und unmittelbare Verbindung der verschiedenen Nationalitäten fördern, daß wir ihre Verbindung mit den Wissenschaften, mit dem Schulwesen fördern und wir andererseits klerikalen Antisäkularismus, kleinbürgerliche Rückständigkeit und Miefigkeit, Antiindustrialismus, grüne Ideen, Alternativideologie und ähnliches entschiedenst bekämpfen. Diese

Formen von Antikapitalismus sind reaktionär, sind zu bekämpfen durch die proletarische Partei,

XII.

Schließlich muß auch als Beweis für die genannte Lage erwähnt werden, wie sehr die USA seit über zehn Jahren Druck machen, daß die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird, womit die türkischen Fundamentalisten freie Hand bekommen würden. Der eigentliche Grund, warum die europäischen Staaten sich dagegen wehren oder warum sie zumindest dabei zaudern, ist kein anderer als dieser. Das darf offensichtlich nicht offen ausgesprochen werden. Wagt eine Partei dies auch nur ansatzweise zu einem Punkt in einem Wahlkampf zu machen, dann heißt es, diese Partei betreibe Populismus, damit werde eine brisante Frage in den Wahlkampf getragen und das dürfe nicht sein. Wieso dürfen denn brisante Fragen nicht vor der Bevölkerung ausgetragen werden? Allein schon diese Behauptungen in diese Richtung zeigen, um was es hier geht. Die USA haben tatsächlich den Druck in diese Richtung verschärft, weil sie genau wissen, welche Wirkung das haben würde. Das ist eine bodenlose Einmischung, die noch der deutlichen Zurückweisung bedarf. Die USA selbst halten sich übrigens riesige Mauern gegenüber Mexiko, um die dortige Bevölkerung abzuhalten, obwohl die Einwanderung aus Lateinamerika in keiner Weise in den kulturellen Auswirkungen etwa der türkischen Einwanderung gleichzusetzen ist.

Warum können wir der Einwanderung nicht beliebig zustimmen? Die Anarchisten rufen: „Kein Mensch ist illegal, nirgendwo.“ Alle Grenzen sollen sofort niedergerissen werden. Aber das ist ja das, was das Kapital in dem Sinne unmittelbar will. Es kann frei über alle Arbeitskräfte verfügen, sie alle gegeneinander ausspielen, wie es gerade will, Rechte können nicht verteidigt werden. Es wäre voll in seinem Sinne. Grenzen spielen aber in einer ganzen geschichtlichen Epoche eine gewisse notwendige Rolle. Die nationale Frage existiert. Seit langem, seitdem der Marxismus existiert, seit über 150 Jahren behandelt er auch schon die nationale Frage. Die Migrantenfrage muß auf der Basis der Klassenfrage beurteilt werden. Es muß zum Beispiel gefragt werden, welche Auswirkungen die Migration für die Internationalisierung, für die Stärkung der Arbeiterbewegung auf der Welt hat. Schwächt eine Migrationsbewegung auf Grund eines besonderen Charakters langfristig diese Entwicklung, dann muß ihr allerdings auf eine angemessene Weise entgegengewirkt werden. Auch die Auswirkungen der Migrationsbewegung auf die Herkunftsländer müssen beachtet werden. Wenn dort, statt daß sich der eigene Kampf entwickelt, immer in Richtung Migration gedrängt wird und dies dann dazu dient, Bevölkerungsteile hier zu ersetzen, dann ist das ein im Wesen reaktionärer Vorgang, der von uns nicht gestützt werden kann. Das ist etwas ganz anderes als Internationalisierung der Gesellschaft, das ist ein Produkt der reaktionären Fäulnis des Kapitals. Und die Leute, die sich hier mit Migration befassen und hier Losungen bezüglich Migration aufstellen, beachten diesen Zusammenhang in gar keiner Weise. Sie betrachten die Migrationsfrage als für sich genommen, als von der internationalen Kapitalbewegung unabhängig. Das ist falsch.

Wir kommen also mit diesen sozialen Fragen wie mit den ökonomischen Fragen letztlich zu den historischen Fragen des Gesamtstatus dieses Landes zurück. Keine Bevölkerung eines Landes braucht sich das gefallen zu lassen. Warum ist aber bisher die Gleichgültigkeit in diesem Umfange da? Weil die deutsche Bevölkerung bisher auch von den Extraprofiten aus der internationalen Ausbeutung profitiert hat, weil die Verkleinbürgerlichung auf imperialistischer Basis auch eine Rolle als bedeutender Faktor für die Mentalität der Deutschen selbst spielt. Durch die Veränderung der ökonomischen Basis wird dieser Faktor aber in den letzten Jahren geschwächt, und wir müssen uns darauf einrichten. Wir sind nicht der Ansicht, daß die Rolle der Nationen ausgespielt ist. Wir sind für die Internationalisierung der Gesell-

schaft, aber die Nationen werden weiterhin, noch auf Jahrzehnte wenn nicht auf Jahrhunderte, eine Rolle spielen. Wir sind gegen die Zersetzung der Nationen im Sinne des Kapitals, um hier dem Widerstand das Rückgrat zu brechen. Wir sind für die Entwicklung der modernen Zivilisation, wir sind für die Entwicklung der modernen Produktion, wir sind für das Zusammenwachsen der Welt eben auf dieser Grundlage einer möglichst weit gehenden, radikalen und umfassenden Modernisierung der internationalen Produktion, soweit dies im Kapitalismus überhaupt möglich ist. Ein Wechsel zur sozialistischen Gesellschaft wird diese Faktoren entschieden stärken. Wir werden nicht für das Aussterben einer Nation hier Werbung machen, für die Hetze, wie sie von den Alternativen, von den Autonomen, von den Anarchisten kommt, die nach Vernichtung der deutschen Nation schreien, angeblich als Bestrafung für das, was sie im Nazifaschismus getan hat. Das alles ist lächerlicher Vorwand, ist selbst Faschismus pur, nur umgedreht. Das Auftreten derartiger Kräfte von den Autonomen und Antideutschen zeigt nur, wie wichtig die nationale Frage ist. Deshalb muß diese Frage aufgerührt werden. Wir müssen in dieser Hinsicht durchaus die deutsche Nation verteidigen und in einer entsprechenden Weise diese Verteidigung in der Öffentlichkeit vermitteln.

Es besteht kein Interesse an der Vernichtung der deutschen oder russischen Nation. Es besteht kein Interesse an der Vernichtung irgendeiner Nation in Europa. Internationalisierung und Austausch müssen auf der Gleichberechtigung und Existenzberechtigung aller Nationen beruhen. Die Hetze gegen die deutsche Nation, die aus der Ordnung von 1945 übrig ist, ist ein Klumpfuß für die europäische Entwicklung, der nicht zugelassen werden darf, der zerstört werden muß. Dazu müssen die historischen Ursachen des Nazifaschismus weiter gründlich aufgedeckt werden und der volle Zusammenhang aufgedeckt werden. Dies ist im Interesse aller Nationen, einschließlich der russischen Nation.

XIII.

Wie steht es nun mit der Internationalisierung, wie müssen sich Marxisten-Leninisten zur Internationalisierung stellen?

Die stattfindende Internationalisierung, der Austausch von Bevölkerungsteilen von einem Land ins andere, ist unter den heutigen Bedingungen unbedingt normal. Sie hat erstens schon immer existiert seit den Anfängen der Staatenbildung und ist zweitens im Kapitalismus eine verstärkte logische und richtige Erscheinung. Das Kapital internationalisiert sich, und zwar im einzelnen und in seinen Gliederungen, und auch die Massen innerhalb eines Landes internationalisieren sich. Alles das ist absolut nicht schlecht. Die Internationalisierung der Gesellschaft ist ein Anliegen, das jede revolutionäre Organisation in einer fortgeschrittenen Gesellschaft haben muß. Die Frage ist aber, **wie** diese Internationalisierung verläuft.

Nicht normal ist, daß dieser Prozeß mit einer Dezimierung der eigenen Bevölkerung einhergeht, dann liegt etwas ganz anderes vor. Die Kinderlosigkeit etwa in Deutschland, die übrigens auch hier länger lebende Bevölkerungsteile ausländischer Herkunft allmählich mit erfaßt, ist nicht mit Internationalisierung zu begründen. Ein Austausch würde bedeuten, daß auch deutsche Bevölkerungsteile in andere Länder gehen, wie auch umgekehrt, nicht aber, daß hier die bestehende Bevölkerung allmählich Schritt für Schritt durch eine andere mit anderer Nationalität ersetzt wird und selbst zur Auflösung gebracht wird. Dies ist ein ganz andere Prozeß, ein Prozeß einer Fäulnis, der bekämpft werden muß. Es ist ein Prozeß der Schwächung der Arbeiterbewegung, der vorsätzlichen Schwächung der sozialen Kräfte gegen den Kapitalismus.

Als ich im Jahre 2004 in Rußland war, konnte ich das Wort Genozid hören, und zwar daß ein solcher gegenüber der russischen Bevölkerung stattfindet. In Rußland hat es auch einen massiven Absturz der Geburtenrate gegeben, der sich allmählich auch verstärkt auswirkt. Die soziale Lage der Jugend wirkte sich über 15 Jahre verheerend aus. Darüber hinaus gibt es Drangsalierungen junger Männer in der Armee zum Beispiel und die Herausschleusung von Hunderttausenden von Frauen nach Westeuropa, die zu einem Gegenstand eines regelrechten Menschenhandels geworden sind. Diese Schwächungen der Jugend machen sich auch in Rußland bemerkbar. Manche Menschen denken darüber nach, was aus Rußland werden soll - zu recht! Und wenn sie von Genozid sprachen, dann sprachen sie durchaus etwas Reales an. Aber sie hatten nicht nur recht in punkto Rußland, sondern auch in punkto Deutschland.³¹

Was in Deutschland in der Bevölkerungsfrage geschehen ist und geschieht, ist unglaublich. Es ist ein Verbrechen nicht nur gegen dieses Land, sondern gegen ganz Europa. Wo hat es das gegeben, daß ein Staat die Dezimierung seiner eigenen Bevölkerung begünstigt, so wie es die Bundesrepublik Deutschland mit der deutschen Nation tat und tut? Wer kann diese Frage beantworten? Ich kenne kein Beispiel, das in irgendeiner Weise als vergleichbar zu erwähnen wäre. Und dieses politische Phänomen bedarf einer Erklärung, und wir haben eine Erklärung. Der herrschende Widerspruch von Kapital und Arbeit innerhalb des Landes kann dieses Phänomen noch keineswegs vollständig erklären, wir haben aber seine besondere Entwicklung, wir haben das Phänomen der Besatzung und der Kräfte, die diesen Staat mit geschaffen haben und hinter ihm bis zum heutigen Tage stehen, womit wir zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung zurückkehren.

Normalerweise steht die Bourgeoisie eines Landes selbst vor der Notwendigkeit, ihre eigene Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade zu entwickeln. Das beste Beispiel hierfür bilden die Inspektorenberichte über die Auswirkungen des Fabriksystems in England Mitte des 19. Jahrhunderts, die Marx ausgiebig in seinem „Kapital“ zitiert³². Wollte England weiterexistieren, wollte es sich vor seinem eigenen Untergang bewahren, dann mußte die Bourgeoisie auch aus ihrem eigenen Interesse heraus gewisse Änderungen gegenüber dem wahnwitzigen Kapitalismus durchsetzen. Das begünstigte die ersten Ansätze einer Sozialgesetzgebung. Man sieht an diesem Beispiel auch die Bedeutung der Nation. Obwohl der unversöhnliche Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat existiert, ist die Nation zugleich eine Einheit im Widerspruch, der Widerspruch entwickelt sich in dieser Einheit. Die Gegensätze unter den verschiedenen herrschenden Klassen schaffen der Arbeiterklasse die Möglichkeit, ihrerseits diese Widersprüche auszunutzen und schaffen verbesserte Möglichkeiten im Kampf um die sozialen Lage.

Die Arbeiterklasse in den europäischen Ländern begriff sich alsbald, wie im Kommunistischen Manifest vorhergesehen, als internationale Klasse, die zusammen gegen die einzelnen Bourgeoisien vorgeht. Dabei hat sie gegenüber der Bourgeoisie einen entscheidenden Vorteil. Sie ist eine wirklich internationalistische Klasse, während der Internationalismus der Bourgeoisie beschränkt ist und an dem Eigeninteresse der jeweiligen nationalen Bourgeoisie und auch nur einzelner Kapitalgruppen halt macht. Deshalb konnte man in der Zeit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur eine rasch wachsende Arbeiterklasse, sondern auch eine politisch schnell Einfluß nehmende Arbeiterklasse erkennen. Diese Entwicklung erlangte eine gewisse Reife und viele Sozialisten sahen die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus zum Handgreifen nahe.

Nachfolgend sehen wir ab Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des zwanzigsten Überlegungen, sich dieser internationalistischen Arbeiterklasse in Europa zu entledigen, in der Perspektive davon loszukommen. Ansichten wie die von Cecil Rhodes, der danach trachtete, die Ausbeutung in die damalige koloniale und halbkoloniale Welt zu verfrachten, sind die logische Reaktion von Seiten des Ausbeuterstandpunktes.³³

Es gab in den USA und in Großbritannien lange Pläne, einen solchen Wechsel der Produktion in die fernöstlichen Länder zu bewerkstelligen. Lenin hat sich, wie gesagt, in seinem anfangs erwähnten Buch „Imperialismus“ an mehreren Stellen lange über diese Dinge ausgelassen. Er war damals der Ansicht, daß der Kampf der Arbeiterklasse derartige Pläne verhindern würde. Und damals schien dies nicht verwirklichtbar. In den sechziger Jahren entwickelten sich neue Chancen für das Kapital. Hier gab es den Revisionismus der Sowjetunion, der die gesamte Existenz des Sozialismus aufs Spiel setzte, es gab den Split zwischen der Sowjetunion und der VR China, und den daraus folgenden Split in der kommunistischen Bewegung. Die VR China führte unter Mao Zedong einen bedeutenden Kampf gegen den modernen Revisionismus, auch international. Aber die westliche Bourgeoisie wußte sehr wohl, welche Probleme der chinesische Sozialismus selbst hatte, wenn er auf sich allein gestellt war, und auch wie schwierig der Kampf in China selbst gegen die eigene Bourgeoisie war, die den Sozialismus auch zu ihrer eigenen Erneuerung benutzte.³⁴ Sie spekulierte darauf, wenn es gelingen könnte, China auf den kapitalistischen Wege zu bringen, würden sich alte Träume verwirklichen lassen. Jedenfalls ist es bemerkenswert, welche Chancen die Bourgeoisie sofort ab 1976 (mit dem Tode Mao Zedongs) für die gesamte ökonomische Entwicklung sah. Wenn man es genauer verfolgt, dann sieht man, daß die konkreten Erwägungen hierüber auch schon vorher ab ca. 1971, sogar Jahrzehnte davor, laufen.

Es wird an diesen Zusammenhängen auch deutlich, wie entscheidend es für die Bourgeoisie war, und zwar im internationalen wie im nationalen Bereich, daß die VR China auf keinen Fall mit einer neuen internationalistischen Arbeiterbewegung oder mit Parteien, die dies tatsächlich verkörperten, verbunden werden dürfte. Alle nur erdenklichen Anstrengungen waren notwendig, dies zu verhindern. Dies erklärt den äußerst heftigen ideologischen Kampf, der die neuen gegen den modernen Revisionismus kämpfenden Parteien erfaßte. Es entwickelte sich also eine Möglichkeiten einer Entfaltung des Kapitalismus, wenn man, aus der Sicht der Bourgeoisie gesprochen, diese Chancen wahrnahm. Die Politik Kissingers³⁵, der sich auf die Diplomatie mit China spezialisierte, ist von solchen Überlegungen geprägt. Warum um jeden Preis militärisch an Vietnam festhalten, wenn sich hier ganz andere Chancen boten, so mußte er sich von seinem Standpunkt aus fragen.

Die neuen Möglichkeiten beschränkten sich keineswegs auf China. Mit der Selbständigkeit, die die meisten ehemaligen kolonialen Länder erreicht hatten, und mit dem Bündnis der sozialistischen Staaten im Rücken, hatte in großen Teilen ein bürgerlicher ökonomischer Aufbruch begonnen, der überall neue kapitalistische Entwicklungen, auch auf dem Gebiet der Technik und der Infrastruktur, mit sich brachte. Daran anknüpfend ließ sich eine gewaltige neue kapitalistische Entwicklung erahnen. Die „kapitalistische Superwelle“, die wir seit 1980 bis heute beobachten, nahm hier ihren Anfang.

In der Situation Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre war aber nicht nur diese Seite das bestimmende Moment. Es gab nicht nur die neuen Möglichkeiten einer internationalen kapitalistischen Entwicklung, sondern es gab auf der Grundlage der revolutionären Weiterentwicklung jener Tage auch das neue Entstehen und die Weiterentwicklung marxistischer Parteien.

Mit dem Wiederhochkommen einer revolutionären Bewegung im Gegensatz zu den revisionistischen Parteien und dann mit dem schnellen Wiederaufgreifen des Marxismus innerhalb kürzester Frist gab es für die Bourgeoisie eine aktuelle Herausforderung. Und diese Dinge mußten sich in Europa und namentlich in Deutschland in einer besonderen Weise fokussieren.

Es wurde der Bourgeoisie klar, daß sie mit dem, was sie durch die nazifaschistische Okkupation 1933 besiegt glaubte, wieder zu rechnen hatte. Die gesellschaftliche Basis, aus der dies

kam, war eben nicht tot. Innerhalb kürzester Frist, vielleicht von ein bis zwei Jahren, wurde an den gesamten Vorgängen in der Weimarer Republik wieder angeknüpft, und das auf dem Hintergrund einer sich immer noch ausweitenden marxistischen Entwicklung auf der Welt.

Für die Bourgeoisie war wohl etwa mit dem Jahr 1968 und 1970 klar, daß mit dem Wiederaufleben des Marxismus für sie endgültig die Würfel gefallen waren, daß hier die Dinge nicht so weitergehen konnten. Die Überlegungen des Club of Rome³⁶ und keineswegs nur von ihm haben diese sozialen Überlegungen zum Hintergrund.

XIV.

Wenn wir über die proletarische Partei reden, dann reden wir von einer Partei, die dasjenige Element in der Gesellschaft vertritt, das durch den Kapitalismus selbst erzeugt wird, das Lohnproletariat. Dieses Lohnproletariat vermehrt sich durch das Kapital selbst bedingt. Lohnarbeit und Kapital bilden einen Widerspruch, der nicht auflösbar ist, solange dieses Kapitalverhältnis überhaupt existiert. Aufgelöst werden kann es nur durch die sozialistische Gesellschaft, durch die Übernahme der Produktion durch den Menschen selbst, durch das Proletariat selbst. Ein zentraler Begriff für uns als Marxisten für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist die Diktatur des Proletariats, das heißt eine Gesellschaft, die unter der Hegemonie des Proletariats steht, das die bewaffnete Macht in seinen Händen hält, die Führung der Gesellschaft übernimmt und sich mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften bei dem Aufbauwerk verbindet.

Heute unter den radikalen Veränderungen hören wir natürlich von der Gegenseite etwas triumphierend die Frage: wo ist dieses Proletariat, das dies tragen soll und kann? Steht eine solche Annahme nicht in der Luft?

Früher hat sich ein solches Proletariat in Deutschland, Rußland und vielen anderen Ländern entwickelt und in einigen Ländern hat eine erfolgreiche Revolution stattgefunden, in anderen Ländern immerhin ein erfolgreicher Kampf um Reformen. Wenn jetzt die Arbeiterklasse durch die vom Kapital verursachten Vorgänge in dieser Weise aufgesplittert worden ist, dann ergeben sich allerdings ganz erhebliche Schwierigkeiten.

Die Frage nach der proletarischen Partei scheint erst einmal abstrakt zu sein. Wir sagen: sie entwickelt sich aus diesen Verhältnissen neu. Unter den Bedingungen aber, daß auch eine Verzögerung eintreten kann, daß es eine komplizierte Entwicklung ist, müssen wir neben dieser grundsätzlichen Aufgabenstellung die nationale Frage sowie die demokratische Frage auf den verschiedensten Sektoren beachten und uns diese zu eigen machen. Die proletarischen Parteien, Ansätze und Organisationen müssen sich mit dieser nationalen Frage und der demokratischen Frage verbinden. Sie müssen diese führend in die Hand nehmen. Das gilt gerade und insbesondere auch für Deutschland. Das heißt, daß hier die falsche Ansicht in der nationalen Frage, die falsche, demütige Unterwerfung, als wenn die deutsche Nation der Faschismus an sich wäre, vollkommen überwunden wird und wir an den positiven Traditionen dieses Landes anknüpfen. Der Nazifaschismus und jede vergleichbare obskure Richtung, auch die grüne Ideologie mit ihrem tiefen Obskurantismus, müssen vollkommen bekämpft werden und dürfen von der proletarischen Ideologie nicht geduldet werden.

Wir müssen versuchen, daß die Kräfte in den kapitalistischen Ländern, die auf dem relativ hohen materiellen Niveau dieser Länder stehen, die eine fortschrittliche, materialistische Ideologie vertreten, die sich den Wissenschaften zuwenden, sich mit den Revolutionen der armen Länder verbinden, mit Revolutionen, die sich auf Menschenmassen stützen müssen, die unter den Bedingungen des imperialistischen Diktates und der nationalen bürokratischen kapitalistischen Regime zu allergrößtem Elend und niedrigster Stufe der Lebensweise verurteilt sind. Diese Situation vermengt sich heute in vielen Staaten selbst. In den reichen Staaten

entwickelt sich neue Armut, und in vielen ehemals kolonialen Ländern entwickeln sich Zentren mit hohem wissenschaftlichen Niveau, ein internationales revolutionäres Kommunikationswesen schafft Verbindung für alle. Wir müssen, von den verschiedenen Ebenen kommend, gemeinsam das verbrecherische Kapital und sein Regime bekämpfen.

Wir müssen aus den verschiedensten Komponenten und Stufen die Menschen zusammenführen. Wir müssen die neuen Proletarier, auch unter den Bedingungen, daß wir ein erheblich vermindertes Industrieproletariat haben, an die internationalistischen proletarischen Aufgaben heranführen, etwa die einzelnen Arbeiter und Angestellten in den Dienstleistungsbetrieben. Wir müssen versuchen, die immer noch gut bezahlten Arbeiter, etwa aus dem Automobilbereich, auf unsere Seite zu ziehen und sie ebenfalls in diesen Kampf integrieren und ihnen zeigen, daß der Arbeiteraristokratismus eine Sache auf Zeit ist, für die die Uhr bereits auf den Endpunkt zugeht. Alle diese Chancen und Möglichkeiten müssen genutzt werden, sie drängen sich auf. Nur die Praxis kann zeigen, inwieweit dies in kürzerer Zeit tragfähig ist, inwieweit diese Kämpfe konsistent für die weitere Entwicklung sein werden, das heißt, ob sie bestimmenden Charakter bekommen werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Bourgeoisie ihrerseits dem Zusammenschluß des Proletariats auf internationaler Ebene nicht untätig zusehen wird. Das Ausspielen der Unterschiede zwischen den Nationen, auch der kontinentalen Unterschiede, wird weiterhin eine Waffe sein, mit der der Zusammenschluß der arbeitenden Klasse bekämpft wird. Die Unterdrückung unserer Nation seit dem Jahre 1918/19, einschließlich der auf dieser Grundlage fußenden faschistischen Epoche, spielt bei diesem Ausspielen der Länder gegeneinander eine wichtige Rolle. Sie aufzuschlüsseln ist für den Fortgang der revolutionären Arbeit unabdingbar.

Die nationale Frage hat eine, wie wir gesehen haben, sehr weitgehende internationale Bedeutung, weil sie mit der Frage der Unterdrückung der proletarischen Revolution in Europa und auf der Welt in einer ganz engen Weise verknüpft ist. Sie hat nicht zufällig das gesamte 20. Jahrhundert nachhaltig mitbestimmt. Deshalb wird sie von uns eben in diesem Kontext und in dieser fundamentalen Bedeutung behandelt werden, und der Unterdrückung der Nation muß in eben diesem Zusammenhang ein Ende gesetzt werden.

Wir müssen das internationale Proletariat in seinem Formierungsprozeß unterstützen, die proletarische Klassenlinie als Grundlage behalten, egal in welcher komplizierten Form sich dieser Prozeß durchsetzt und welche Pausen er dabei macht oder nicht macht. Gleichzeitig kann es sehr wohl sein, daß wichtige andere Fragen, wie zum Beispiel die demokratische Frage oder die nationale Frage in ganzen Epochen außerordentliche Bedeutung in der Praxis bekommen und auch eine Zeit lang in hervorragender Weise von unserer Organisation oder einer späteren proletarischen Partei in Angriff genommen werden müssen.

Zuerst diktiert im Jan.05, bearbeitet 2005/2006. Die hier erfaßte zusammenfassende Darstellung bildete bereits eine Grundlage für den Sturz der Schröder- Regierung, wie für die weiterzuführende Agitation in der Frage der nachfolgenden Großen Koalition.

Anmerkungen

¹ Vorherige Brüche : In der industriellen Entwicklung lag 100 Jahre lang England an der Spitze (1760-1860) und verfügte dabei sogar über ein fast weltweites industrielles Monopol. Dann aber wurde England von Deutschland, Japan und den Vereinigten Staaten überrundet. Die industrielle Ballung verlagerte sich aus England selbst zunehmend in die Kolonien.

Auch in früheren Jahrhunderten wechselten die Schwerpunkte der industriellen Entwicklung innerhalb verschiedener Regionen. Dies hing von den verwendeten Rohstoffen, von den Verkehrsverbindungen und der Verfügung der Arbeitskräfte ab.

² Vergleiche die Stellung Lenins, in der er das reaktionäre Kleinbürgertum kritisierte, das in diese Welt keine Kinder setzen wolle, wiedergegeben in Clara Zetkins Wiedergabe eines ausführlichen Gespräches mit Lenin über kulturelle Fragen im Jahre 1920.

Wilhelm Pieck kritisierte als ein führender Sozialdemokrat eine sogenannte „Gebärstreik“-Diskussion in einer Versammlung am 29. August 1913 in der Berliner „Neuen Welt“ in Berlin-Kreuzberg, in der Eduard Bernstein und ein gewisser Ärztevertreter Dr. Moses entsprechende Reden gehalten hatten. Vergl. Wilhelm Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Band 1 - August 1904 bis Januar 1919, Dietz Verlag Berlin 1959, S.314/315

³ Die russische Sozialdemokratie knüpfte an diese Auseinandersetzungen an. Der radikalere und entschlossener Teil, die Bolschewiki, systematisierte die Auseinandersetzung, rief verschiedene Grundlagen, die Marx und Engels vertreten hatten wieder in Erinnerung. Gleichzeitig wurden jedoch auch verschiedene Ausarbeitungen von Marx und Engels mißachtet, allein schon die Frage des Lassalleanismus wird von den Bolschewiki gar nicht oder völlig unzureichend behandelt. Der gesamte russische Marxismus leidet unter einem gewissen Schematismus (siehe hierzu meine Ausarbeitung „Leninismus und Zivilisation“).

⁴ Siehe hierzu auch meinen Artikel „Über den Nazifaschismus-Eckpunkte Nr. 1“, IS 2004-74, auch in Neue Einheit, Zusammenfassende Nummer 2004, Nr. 4, Seite 68f

⁵ Siehe hierzu die Ausarbeitungen bereits in der Neuen Einheit 2005-2.

⁶ Siehe den Artikel „Unvergeßliche Kulturrevolution“ vom Sommer 2006, IS 2006-69

⁷ Willi Brandt war von Herbst 1969 bis Mai 1974 Bundeskanzler.

⁸ In verschiedenen Zeitungen dieser Bewegung wurde zum Beispiel das Treffen von L.Breshnew und W.Brandt vom 17. September 1971 in Oreanda auf der Krim klar verurteilt, als ein Versuch, eine neue Variante der Reaktion in Europa zu schaffen, die zugleich alte historische Vorbilder hatte.

⁹ Samuel Pisar, „Supergeschäft Ost-West, Der Schlüssel zum Weltfrieden“ Hoffmann und Campe, Hamburg 1970.

Ein Buch, in dem der neue zu erwartende Superhandel in großartigen Farben ausgemalt wurde. Vorwort von J. J. Servan-Schreiber, einem Propheten der liberalen Entwicklung.

¹⁰ Man vergleiche z.B. „Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter“, herausgegeben im Auftrag des Bundesvorstandes der Jungsozialisten von Siegmund Geiselberger, Fischer Taschenbuch Verlag, Dez. 1972,

und „Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage - Migration und Kapitalismus" von Marios Nikolinos, rororo Aktuell, geschrieben Nov. 1972, erschienen Jan. 1973.

¹Hier ist insbesondere das ZB („Zentralbüro der KPD/ML") zu nennen, das bereits im Herbst des Jahres 1972 der „Ausländerfrage" ein großes Augenmerk schenkte. Diese Organisation verfügte auch im Ruhrgebiet über zahlreiche Betriebsgruppen. Kurz darauf wurde sie von innen, u.a. auf Grund massiver Tätigkeiten der KPD/ML (Roter Morgen) aufgesprengt.

¹² Unsere Organisation KPD/ML (Neue Einheit) war 1972 in der zweiten Hälfte durch die massive Repression daran gehindert, dieser Frage das notwendige Augenmerk zu schenken. Wir bemerkten die landesweiten Veränderungen mit einer gewissen Verspätung. In Berlin (West) kam diese Welle der Einwanderung auch später als in den westlichen Gebieten (Rheinland, Baden-Württemberg, Bayern). Immerhin spielten Beobachtungen der Auswechslung ganzer Belegschaften in den Betrieben eine Rolle, von aus der Not geborenen bewaffneten Konzeptionen Abstand zu nehmen, da die Basis „wegbrach".

¹³ siehe Nikolinos (Anm.10) und „Spiegel" 44/1972

¹⁴ Führende Kräfte aus dem KBW und des KB (Kommunistischer Bund) sind heute maßgeblich an der Führung der Grünen Partei beteiligt und in Regierungsfunktionen nicht selten anzutreffen.

¹⁵ Hobson, John Atkinson (1858-1940) schrieb mehrere bekannte Bücher über Ökonomie, darunter das Buch „Imperialismus", London 1902, welches Lenin in dem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" mehrfach zitiert. Dann u.a. „Die Entwicklung des modernen Kapitalismus", russ. Übersetzung 1898, von Lenin rezensiert, Lenin Werke Bd.4, S.90ff

¹⁶ Siehe hierzu die Ausgaben „Neue Einheit - Zusammenfassende Nummer 1977/78", Heft I und II

¹⁷ Die KPD/ML (Neue Einheit) ging ab 1977, obwohl selbst noch nicht wieder organisatorisch rekonstruiert, mit allen dieser Gruppe zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Anti-AKW-Kampagne vor. Erneut wurde der Mediendrache der „RAF"-Kampagne in diesem Jahr aufgezogen, manchmal mit recht auffälligen zeitlichen Zusammenhängen. Die KPD/ML (Neue Einheit) verteidigte sowohl die prinzipielle marxistische Position zur Kernenergie, wie sie zuvor schon die ganze Zeit bestanden hatte, als auch analysierte sie die konkrete Situation, in der diese Kampagne entwickelt wurde.

¹⁸ Die Auflösung der DDR 1989 ist nur das Kettenglied eines Vorganges, der sich über längere Zeit erstreckt. Schon längere Zeit war man sich selbst in der Führung der Sowjetunion im klaren, daß dieses Land stagnierte. Die Rüstung, die Erstickung jeder Demokratie, die zunehmend nur formelle sozialistische Stimmung, das gewaltige Wuchern eines untergründigen Kapitalismus waren die tatsächlich beherrschenden Fakten dieses nur noch formell revolutionären Staates. Die westlichen kapitalistischen Mächte trieben ihrerseits die innere kapitalistische Entwicklung voran. Margaret Thatcher, damalige Premierministerin in Großbritannien, begann Michael Gorbatschow als den für sie geeigneten Kandidaten für die Führung der Sowjetunion vorzuschlagen und sollte damit Recht behalten. Nach zwei kurzen Perioden des Generalsekretariats unter Andropow und Tschernenko wurde im Frühjahr 1985 Gorbatschow Generalsekretär der Sowjetunion. Damit begann der endgültige Verfall.

¹⁹ Berlin mußte gewissermaßen auf Grund der zentralen Lage wie von selbst einen Aufschwung nehmen. Das war aber mitnichten der Fall. Die bestehenden Strukturen hier, die Verwaltung, die politi-

schen Kräfte, die Justiz verhindern selbst innerhalb der Möglichkeiten des Kapitalismus einen solchen Aufschwung, denn ihre Herrschaft in dem früheren Westberlin ist von der Stagnation geprägt, hat diese zur Voraussetzung, und sie wehren sich gegen die Veränderung. Und sie bewahren sich selbst. Ähnliches gilt auch für die Bürokratie im Ostteil, wenn auch nicht ganz so ausgeprägt. Das ökonomische Leben in Westberlin gewöhnte sich an die milliardenschweren Subventionen aus der westlichen Bundesrepublik. Einen besonderen Aufsatz darauf bildete die ausgeprägte Alternativkultur ab Ende der siebziger Jahre.

Man darf nicht vergessen, daß Berlin vor 1989 unter aktiver Duldung der Alliierten eine Hochburg der sogenannten Alternativen war, die sich nicht zuletzt auf die vollkommen ausgehaltene Bürokratie dieser Teilstadt stützte. Die Alternativkultur beinhaltete einen reaktionären Illusionismus, sie war gegen die Fortgang der Geschichte gerichtet und war sozial gesehen das Verfallsprodukt der Linken, die kapituliert hatte. Mit ihr wurden die Fortläufer der Jugend- und Studentenbewegung, die nachfolgenden Jahrgänge aufgesogen. Ihre Angehörigen waren sich nicht darüber im klaren, in was sie hineingerieten. („Staatsknetelinke“)

²⁰ Nach einhelliger Meinung bilden die ausländischen Belegschaften der großen deutschen Konzerne im Jahre 2004 ca. 60% der Gesamtbelegschaft, aus der 80 % der Profite gezogen werden.

²¹ Vergleiche hierzu die NE 2005-2, „Über die Außenpolitik der Sowjetunion und über die Rolle der Komintern und der KPdSU 1931-33“

²² Im Januar fand auf dem Langen Marsch, bei dem es um Leben und Tod der KP Chinas und ihrer bewaffneten Streitkräfte ging, in der kleinen chinesischen Stadt Dsunyi eine Konferenz der diesen Marsch tragenden Kader sowie zahlreicher weiterer Abgeordneter sowie entscheidender militärischer Kommandeure der Roten Armee statt. Diese Konferenz zog das Resümee aus dem Desaster, das vor allem die Linien von Wang Ming und Li Li San angerichtet hatten, sie bestätigte die Linie von Mao Zedong und bestimmte diesen nun als Vorsitzenden der KP Chinas. Damit wurde die gewaltige Entfaltung der Linie Mao Zedongs in die Wege geleitet, die mit dem Sieg der volksdemokratischen Revolution 1949 endete. Auf der Plenartagung des ZK unmittelbar vor dem 7. Parteitag der KP Chinas gegen Ende des zweiten Weltkrieges beschloß das ZK eine Resolution über die Vorgänge in jenem entscheidenden Geschichtsabschnitt der KP Chinas, in dem die Untersuchung über die Vorgänge zusammengefaßt wurde. Vgl. hierzu die Ausgabe der Ausgewählten Schriften Mao Zedongs, Dietz Verlag 1956, Bd. IV, S.222- 285 (Anhang)

²³ Schweden wurde Ende der siebziger/ Anfang der achtziger Jahre von der Anti-AKW- Kampagne beeinflusst, vor allem durch eine hochgradig manipulierte sogenannte Volksabstimmung im März 1980. Inzwischen ist sie aber dort nach den herrschenden Berichten weitgehend überwunden.

²⁴ Siehe hierzu „Was man bei der neuen chinesischen Führung beachten sollte“, Oktober 1978, Flugblatt, abgedruckt auch in der NE Zusammenfassende Nummer 1977/78, Nr.2

²⁵ Dies wird an verschiedenen Publikationen der autonomen Szene deutlich. Als ein Beispiel kann man ein Flugblatt vom 2.10.2004 nehmen, das mit Scheinadresse herausgegeben wurde und mit verschiedenen einschlägigen Seiten der Anti-AKW-Szene, dem sogenannten Anti-Atom-Plenum in Verbindung steht. Es trägt den Titel „Zur Hölle mit der Arbeit, zum Teufel mit der Urananreicherung“ (!!) und endet mit der Aufforderung „Deutschland endlagern“. Unfreiwillig geben die Urheber zu, daß die Vernichtung der Kernenergie mit der Vernichtung der „Arbeitsgesellschaft“ und der Errichtung einer parasitären Gesellschaft, die auf der Ausbeutung der neu proletarisierten Regionen auf der Welt beruht, etwas zu tun hat. Ferner geben die Autoren unfreiwillig zu, die Be-

kämpfung Deutschland hängt engstens mit der Bekämpfung der sozialen Revolution des Proletariats zusammen.

²⁶ Diese Frage wurde inzwischen ausführlicher in einem Artikel behandelt. Wesentliches Resultat dieser Untersuchung ist der Fakt der zwei grundsätzlichen Seiten der türkischen Gesellschaft in Deutschland. „Die Verhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei- Symptomatisches über Machtverhältnisse und ihre Ursprünge“ (II), Kapitel 2, „Zu den Hintergründen: Die türkische soziale Frage in Deutschland“ - IS 2006-104, Hartmut Dicke, 23.Dezember 2006.

²⁷ Die TKP/ML wurde in ihrer Anfangsphase von Ibrahim Kaypakkaya geleitet, von dem später eine Reihe proletarischer revolutionärer Schriften auch ins Deutsche übersetzt wurden. 1971 wurde in der Türkei die Militärdiktatur ausgerufen, die sich die Verfolgung revolutionärer Organisationen zum Ziel setzte. Die TKP/ML mußte in der Illegalität sich auch gegen die Isolierung durch die Revisionisten zur Wehr setzen. Ibrahim Kaypakkaya geriet in Gefangenschaft des Militärs und wurde im Mai 1973 zu Tode gefoltert. Das Wirken von ihm und seiner Organisation wurde von den hier arbeitenden türkischen Organisationen totgeschwiegen, erst 1979 drangen die Nachrichten darüber auch zu uns. Zu dieser Zeit wurden auch die Bücher übersetzt und veröffentlicht. Nach späteren Angaben dieser Partei herrschte nach diesem schweren Rückschlag zunächst eine Richtung des Liquidatorentums in dieser Partei, es wurden sogar diese nachfolgenden Führungen unter schweren Verdacht gestellt.

²⁸ Siehe „Die Verhandlungen...“ IS 2006-104.

Es heißt darin unter anderem:

" Die türkische Gesellschaft in Deutschland weist also selbst zwei Pole auf, deren einer zusammen mit anderen islamischen Gruppen in Richtung einer separierten, einer Sondergesellschaft sich entwickelt hat und nicht mehr vorwiegend von dem Element des türkischen Proletariats beherrscht ist, sondern von kleinbürgerlichen und freigesetzten wie von klerikalen Elementen. Die Freisetzung von Arbeitskräften und Arbeitslosigkeit durch den Kapitalismus in diesem Land wirkt sich auch auf die türkische Gesellschaft aus. Gerade unter türkischen Jugendlichen, die keine Zukunft in der „Arbeitsgesellschaft“ mehr sehen, die zu den Freigesetzten gehören, greift eine Art Anarchismus um sich, Verwahrlosung oder auch der islamische Fundamentalismus finden hier ein weiteres Feld."

²⁹ Ein Beispiel für eine solche Ausnahme ist der Iran des Achmedinedschah. Auf Grund der prekären inneren Lage, will die jetzige Regierung sich durch einen entschiedenen nationalen Kampf profilieren und beginnt sich tatsächlich mit den USA zu konfrontieren. Diese setzen ihrerseits auf eine sogenannte Opposition, mit der sich nach einem möglicherweise militärischen Konflikt ins Geschäft kommen ließe. Das Schema ist immer das Gleiche, ein anderes Beispiel ist der Nazismus. Auch damals paktierten sie bis etwa 1937, dann kam es zum tatsächlichen Konflikt, zum Kriege. Nach dem Kriege paktierten sie erneut mit den deutschen Rechten, auch mit den Resten der Nazis.

³⁰ Als ein Beispiel kann ich hier eine Erfahrung aus meiner Zeit innerhalb der Schülerelternvertretung bringen.

Da wurde die Zusammenlegung von verschiedenen Schulen diskutiert. In einer Oberstufenschule hatte sich ein sehr gutes Verhältnis zwischen den Lehrern und den vorwiegend ausländischen Schülern entwickelt, die von dieser Schule selbst sehr positiv sprachen. Nun kamen Pläne von Seiten der Schulverwaltung, diesen wertvollen Ansatz, die ganze Schuleinheit aufzulösen und in eine sogenannte Problemschule einzugliedern. Warum sollte das Erarbeitete an dieser Schule, das in Berlin keineswegs selbstverständlich war, wieder zerstört werden? Mit aller Macht argumentierten hier Lehrer und Schüler gegen die Pläne der Verwaltung.

³¹ Seit dem Beginn dieser Arbeit im Januar 2005 hat sich die Rolle Rußlands um einiges verschoben. Durch die enorme Industrialisierung und den damit verbundenen Anstieg der Rohstoffpreise hat sich die ökonomische Lage der großen russischen Rohstoffkonzerne drastisch verbessert und Rußland fängt selbst wieder an, offen die Sprache des imperialistischen Diktates gegenüber anderen Ländern zu sprechen.

³² Inspektorenberichte, siehe „Das Kapital“, Bd.1, MEW 23, u.a. S.15, 254, 518

³³ Cecil Rhodes (1853-1902) englischer Kolonialpolitiker, wird in „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ zitiert wegen seiner großen Offenheit, versuchte den Imperialismus auch auf Grund des Klassendruckes im Inneren des kapitalistischen Mutterlandes zu rechtfertigen. S. Lenin Werke, Bd.22, S.261

³⁴ Ein besonders wichtiges und markantes Ereignis ist dabei der „Lin-Biao-Putsch“, der am 13.September 1971 stattfand und die revolutionäre Linke erheblich schwächte. Unter der Führung Mao Zedongs verkraftete die KP Chinas dieses Debakel, die Partei blieb geeint und blieb hinter dem Kurs stehen. Trotzdem aber verschaffte der Vorgang den Leuten wie Deng Xiaoping, die für die kapitalistische Erneuerung stehen, einen erheblichen Spielraum; das beobachtete natürlich auch die internationale Bourgeoisie.

³⁵ Kissinger, 1973 Sicherheitsberater des USA-Präsidenten Nixon, 1973 - 77 unter Nixon und Ford Außenminister.

³⁶ Club of Rome, extrem elitärer Club führender Manager, der sich 1968 gründete und sich mit strategischen Fragen für das große Kapital befaßte. Er gab 1972 einen sogenannten Bericht zur „mißlichen“ Lage der Menschheit heraus „Die Grenzen des Wachstums“ (A Report For The Club of Rome's Project on The Predicament of Mankind).

Zuerst veröffentlicht Anfang 2007, in **Neue Einheit 2007-1**

neue einheit

Zeitschrift für Politik, Ökonomie und Kultur

© 2007, 2010, Verlag NEUE EINHEIT (Inh. H.Dicke);

Mallinckrodtstr 177, 44147 Dortmund und 10973 Berlin, Postfach 360 309;

Tel.: 030-6937470; 0173-5673051; 0179-6783672

E-mail: verlag@neue-einheit.com, Internet: www.neue-einheit.com